



Der eine der Herren ist in Deersheim Amtsvorsteher. Als er von der geplanten Versammlung der Nöten erfuhr, hängte er in den amtlichen Aushängestäben folgende Bekanntmachung:

#### Warnung

an die auf dem hiesigen Rittergut in Arbeit siedenden Leute!

An der politischen Versammlung der Unionspartei im Januar hier selbst haben sich mehrere Angestellte des Ritterguts beteiligt und haben dadurch bewiesen, daß sie Anhänger des Unionszuges sind (1) oder doch wenigstens ein Interesse an dieser Bewegung haben.

Dasselbe wird von denjenigen angenommen, die sich an weiter hier stattfindenden beratenden aufrüttlerischen Versammlungen beteiligen, und es wird daher eindringlich gewarnt, solche Versammlungen zu besuchen. Wachauer dieser Warnung haben sich die Folgen ihrer Handlungsweise selbst anzuschreiben.

#### Die Verwaltung des Rittergutes Deersheim.

Welcher Art die angebrochenen Folgen sind oder sein würden, ist natürlich niemandem zweifelhaft. In dem anderen Falle war man noch offenzügiger; dort erwartete man den Feuer das Nachdenken und erklärte kurz und bündig: Wer zur Versammlung geht, braucht am Montag nicht mehr zur Arbeit zu kommen.

Alle Erzählungen über konservativen Terrorismus sind aber selbstverständlich nach wie vor in das Reich der Fabel zu verweisen.

#### Das Reichsversicherungssamt.

Der Sonntag gäb im Reichstag fast ausschließlich dem Reichsversicherungssamt. Die Diskussion erörterte Genosse Silbermann mit einer sehr interessanten Kritik der Tätigkeit, die die Versicherungskasse insbesondere im Baugebiete entfaltet oder auch nicht entfaltet.

Die christlichen Arbeiterschreiber wollten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, in wohltuenden Worten ihre Laienfeindschaft herzuziehen: Herr Petersen klagte die Einordnung der Gärtnerei in die sehr ungünstigen landwirtschaftlichen Betriebsarten, der neu gewählte Abgeordnete Kohlmann führte Beschwerde, daß namentlich im Saarbezirk die Revisionen den Unternehmern vorher bekannt gegeben werden, und der vorreiche Herr Becker-Kinsberg forderte mit Pathos im Tonfall, daß Betriebsunternehmen den Betriebszinsen gleichgestellt werden.

Worte sind nach einem bekannten Sprichwort sehr billig, aber die Herren Christlichen, deren neueste Taten unvergeßlich bleiben werden, wurden von unserem Genossen Mollenbusch alsbald an ihre früheren Taten erinnert: Er legte ihnen die sehr peinliche Frage vor, warum sie denn bei der Verurteilung der Reichsversicherungsordnung gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt haben, der die Bedürftigen Wünsche erfüllt hätte, oder warum sie damals die Einführung der landwirtschaftlichen mit den gewerblichen Arbeitern abgesetzt haben, die jetzt plötzlich Herrn Schröder erschreckendst erscheinen?

Über diese höchst bedeutsamen Fragen entspann sich eine dunderartige Diskussion, in der namentlich Herr Becker ganz hinter alledem Auferstand und Vorwänden seine und seiner Partei und Belegschaft verborgen hatte. Aber sogar die Hilfe, die ihm sein blauäugiger Blasphemus Graf Weizsäcker, ich könnte unterdrücken unmöglich retten. Genosse Koch machte ihm das in gerichtlicher Formik vollends klar.

Hebeteinstimmung verurteilten die Redner aller Parteien die zuvor unethische Rechtsprechung des Reichsversicherungssamtes und ein vom Hornschmittler Dr. Eichler vorgetragener Besondes frischer Fall rief allgemeine Empörung hervor.

Genosse Koch brachte im Laufe seiner Erwidern noch eine andere Angelegenheit zur Sprache, deren Erörterung die Gemüter womöglich noch mehr erhitze. Die Abgeordneten scharten sich um die Tribüne, als der Redner unserer Fraktion der Regierung vorwarf, entgegen den Absichten des Reichstages und auch gegen ihre eigenen Zusagen jetzt ausgediente Erfüllte in den Versicherungssämttern unterzubringen. Herr Ministerialdirektor Gieser wollte zuerst mit lebhaftester Erregung seinen Chef, den Staatssekretär Dr. Delbrück, deden, aber im Verlauf der Rede und Gegenrede wurde er immer heimlicher, und höchstens beim Reichsparteileiter Schulz konnte er noch einen immerhin zurückhaltenden Bundesgenossen finden. Selbst Gieserts mügte die Regierung tadeln, und er tat, so mild es ging, in völkerlich wortenden Worten.

Ministerialdirektor Gieser hält mitgeteilt, daß Herr Dr. Delbrück noch selbst erheben und sich zu den Vorwürfen äußern würde. Der Staatssekretär kam nun allerdings noch am späten Abend, und erwartungsvoll sammelten sich die Politiker wieder in der Saalmitte, während der Fortschrittskampf mit dem Ministerialrat Dewald über das Szenario kam sich unterhielt und harrten der ministeriellen Offenbarung. Vergebens! Herr Delbrück schwieg.

#### Die Mischlingsfrage vor der Budgetkommission des Reichstages.

Die Kommission beschäftigte sich in der Mittwochssitzung mit der Mischlingsfrage und mit dem Veto von Mitgliedschaften in den Kolonien. Das Zentrum forderte in einer Resolution ein Gesetz, das die Gültigkeit der Chen zwischen Weißen und Schwarzen in deutschen Schutzgebieten sicherstellt. Die Volkspartei beantragte dazu auch die Erweiterung des Rechts derjenigen unrechtmäßigen Kinder, auf welche das Bürgerliche Gesetzbuch keine Anwendung findet. Abgeordneter Ledebour begrüßt diese Anfrage und die Erkenntnis beider Parteien, daß eine gesetzliche Regelung einzutreten muss, die die Sozialdemokratie schon früher gevestet, aber keine Gegenleistung bei den bürgerlichen Parteien erwartet hat. Die Mischlingsbedeutung in den Kolonien wächst andauernd; so wird aus Logos bestigt, daß sie enorm an Zahl zunimmt. Die Ehe- und Konkubinatsverbote haben also garnichts genutzt. Der heutige Zustand droht die Mischlinge auf das Maß der Barbaren herunter und schafft unfehlbare und schändliche Zustände. Die Mischlingsbedeutung fördert sehr bedachte Menschen zu Tage, es darf nur an den älteren und jüngeren Tumos und viele andere erinnert werden. In Samoa sind die Mischlingechen den Chen der Weißen am Zahl überlegen. Staatssekretär Dr. Solf hat der Kommission einmal geschildert, daß in Samoa die Kinder aus den Chen von Weißen sehr oft auf das Maß der Eingeborenen herabstehen. Demnach mügten dann in Samoa auch die Chen unter Weißen vertreten werden.

Abgeordneter Erzberger fordert die Ausschaltung der Chodenrechte, wie ja auch England und Frankreich die Zulassung der Mischlinge ausgeschlossen haben. Staatssekretär Solf erinnert, daß hier in Deutschland diese Frage nur sehr schwierig zu behandeln sei; denn die Gefahren der Rassenvermischung seien hier nicht so offenkundig und daher nur schwer zu beurteilen. Die üblen Konsequenzen der Rassenvermischung seien von allen Parteien erkannt worden, die Kolonialpolitik treiben. Die Rassenvermischung mache den Engländern, ebenso auch den Holländern auf Java sehr viel zu schaffen. Die Erziehungen seien allgemein sehr trübe. Die Neger hätten sich im patrarchalischen Slavenverkehrs sehr wohl gefühlt. In Nordamerika können jetzt Neger in der Theorie Präsident der Republik werden, in der Praxis würde aber ein solcher Kandidat einfach gelöscht werden. Wenn in Neu-Guinea ein Fürstiger zum Standesherrn kommen würde, um seine Verkeirung mit einer Weißen anzunehmen, verdiente er, daß ihm 25 übergezogen würden. Wenn die Weißen nicht als die Herren in den Kolonien auftreten, verlieren sie ihr Prestige. Auch in Süd-Brasilien erwidert, daß das Herrschaftswesen immer mehr; die welchen Handwerker positionieren immer leichter, daß sie nicht mit schwärzten Arbeitern zusammen arbeiten müssen. Die Mischlinge dürfte nicht die bürgerlich rechtlichen Konsequenzen haben wie eine Ehe unter Weißen. Abgeordneter Waldstein betont, daß die bürgerlich rechtliche Anerkennung der Mischlinge bei ihrem Vater nicht mehr aufgehoben werden kann. Abgeordneter Ledebour protestiert gegen den Staatssekretär, der mit seinem Eheverbot in Samoa in öfflicher Verlegenheit sei. Der Staatssekretär habe den nächsten Herrenstandpunkt eingenehmten, da ein Anfluss der kolonialen Erbsterbungs- und Gewaltstilts ist. Die Engländer würden die Mischlinge in Indien heutzutage deshalb, weil durch die Mischlinge das sehr unentwickelte Selbstgefühl der Indianer gehoben und dadurch die endliche Herrschaft gefährdet werden kann. Abgeordneter Graf Esterhazy fordert gegen die Zentrumssolution. Wir wollen keine Volkgemeinschaft mit Barbigen oder Mischlingen. Eine gewisse Amazoneähnlichkeit wäre aber anerkannt werden. Abgeordneter Graf Walder protestiert gegen den Herrenstandpunkt und meint weiter, die Weißen in den Kolonien sollten mehr Entschlafsettierei und nicht jeder schwarze Frau nachlaufen, dann werden sich die Verhältnisse bessern. Abgeordneter Schulz weiß darauf hin, daß die steigende Zahl der Mischlinge nichts von der Abneigung der Weißen gegen die schwarze Rasse merken läßt. Auch bei mir habe man die Erfahrung gemacht, daß weiße Frauen nicht immer eine tiefe Abneigung gegen schwarze Männer haben.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Zentrumssolution mit dem Amendment der Volkspartei; dagegen stimmten die Konservativen und der Abgeordnete Mummler, der als protestantischer Theologe auch gegen die christliche Ehe zwischen Weißen und Schwarzen stimmte.

Mit der Wahlprüfungskommission des Reichstags. Die Kommission behandelte, wie gemeldet, am Mittwoch die Wahl des Abg. Haupt (Soz.), gewählt im Wahlkreis Jerichow I und II. Haupt ist in der Stichwahl mit 15.263 Stimmen gegen 15.256 Stimmen, die für den Konservativen v. Beyer abgegeben wurden, gewählt worden. Eine Anzahl Stimmen, die von den Wahlvorsitzenden zu ungünstigen Haups als ungültig erklärt wurden, wurden als gültig anerkannt. Ein Wahlkreis des Rittergutsbesitzers v. Bussen behauptet Unregelmäßigkeiten bei der Wahl in Möckern; ein Mitglied des Wahlvorstandes los Wahlzettel mit Stimmenzettel, statt sie in die Urne zu legen, zu den noch nicht benutzten Umschlägen gelegt haben, so daß dann verschiedene Wähler in dem Umschlag, den sie erhalten, schon Stimm vorliegen. Über diese Behauptung wurde von der Kommission Beweiseherabung beschlossen, entgegen dem Antrag der sozialdemokratischen Aboliter, die für sofortige Gültigkeitserklärung der Wahl eintraten, da keineswegs zu erwarten sei, daß die behauptete Unregelmäßigkeit die Mehrheit für Haupt erschüttern könnte. Ferner wurde Beweiseherabung über amtliche Wahlbeeinflussung in Groß-Budisch beschlossen. Die Wahl des Abg. Kärtz zu Salin (4. Nächten) wurde für gültig erklärt.

Im Wahlkreis Holzendorf wurde der Abg. Brandes (Soz.) in der Stichwahl mit 18.913 Stimmen gewählt. Auf den nationalliberalen Kandidaten Rimpau fielen 18.423 Stimmen. Gegen diese Wahl ist von nationalliberaler Seite Protest eingereicht, der in der Hauptstrophe ruht, daß in zwei Wahlbezirken in Holzendorf die Aboliter den geleglichen Vorchristen nicht entsprochen. Die anderen Protestpunkte sind von untergeordneter Bedeutung. Bei der Prüfung der Wahlakten stellte sich nun ein Fehler heraus, der zu einer langen Debattie und zu einer wichtigen Entscheidung führte. Nach § 11 des Wahlreglements hat der Wahlvorsteher des Wahlbezirks 8–9 Bevölker zu ernennen. Der Wahlbezirk der Stadt Holzendorf hatte nun aber der Wahlvorsteher nur zwei Bevölker ernannt. Die Frage war nun, ob die Vorchrist des § 11 wirkender Natur ist. Diese Frage wurde mit 7 gegen 7 Stimmen verneint. Dagegen beschloß die Kommission, Bevölker darüber zu erheben, ob während des Wahlalters jederzeit drei Personen immer gleichzeitig am Wahlstuhl sich befanden. Die Prüfung dieser Wahl wird Freitag fortgesetzt. Die Wahl des Abg. Baudert (Soz.) wurde für gültig erklärt.

Die Abstimmung vor der Revisionskommission des Reichstags. Der Zentralverband zur Bekämpfung des Impfzwanges" petizierte wieder um Aufhebung der Impfzwingung. Der gleiche Antrag hat im Vorjahr die Kommission und das Plenum des Reichstags beschäftigt und ist schließlich durch Übergang zur Tagessordnung erledigt worden. Die Kommission beschloß im Hinblick auf die jedenfalls anders geartete Ausschaffung des jetzigen Reichstags und im Hinblick darauf, daß dem Reichstag von Zentrumseite und von sozialdemokratischer Seite Anträge vorliegen, die die Einschaltung einer paritätischen wissenschaftlichen Kommission zur Prüfung der ganzen Impfzusage fordern, Regierungsvertreter zuzutreffen und sowohl die Petition wie die genannten Anträge später eingehend durchzusprechen.

Reichstagsferien und Wehrvorlagen. Durch die Presse ist die Meldung, daß die Regierung beim Seniorenskript des Reichstages angeregt habe, die Osterferien bis 20. April zu verlängern, um Zeit für die Fertigstellung der Wehr- und Steuer-Vorlagen zu gewinnen. Diese Meldung bestätigt sich nicht. Der Seniorenskript des Reichstags hatte in den letzten Tagen überhaupt keine Siccum. Auch die "Nordde. Allgem. Zeitung" bestreitet, daß ein solcher Vorschlag gemacht wurde und läßt hingegen, daß die Wehrvorlagen den Bundesrat am Freitag zugehen werden.

Der Projekt der Witwe Hermann. In der Schadensersatzklage, die die Witwe des von Polizisten getöteten Arbeiters Hermann gegen die Stadt Berlin angestrengt hat, stand am Donnerstag vor dem Landgericht abermals Termin statt. Die Verkündigung des Urteils wurde ausgezögert.

Stat-Motgesetz. Nachdem infolge der Neuwahlen zum Reichstag der Staat nicht zu dem verfassungsmäßigen Termin, 31. März, fertiggestellt werden kann, wird dem Reichstag ein Stat-Motgesetz vorgelegt werden.

Wahlagitation in der sächsischen Hoffkirche. Im sächsischen Landtag kam zur Sprache, daß im Vorraum der katholischen Hoffkirche Wahlzettel verteilt wurden. Der Kultusminister erklärte, daß er eine solche Agitation unter allen Umständen auf

## Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Moelle.

15]

"Man muß den Anfang machen, aller Anfang ist schwer", rief der Sohn, "denn aber, es wird sagen können. Meine Freunde in Kiel und Schleswig sind ratsig für mich; sobald ich etwas Besiert finde, werden sie mir Nachricht geben und ihren Einfluß entwenden."

"Sich der Mann nicht danach", sei der Alte läppisch-lässig, "hast den Herren am Ende zu früh gezeigt, daß Du den schwierigen Rock angezogen hast, statt der blauen Jacke."

"Ei, Vater", lächelte Jens, "habe ich mache beiden Thü." "Geiß lust du das", sprach die Mutter, "aber was hilft denn das Jagen und Plagen mit bösen Willen und bösen Leuten. Warum müßt Du nicht bei uns sein, lieber Jens, und das Kind da außen juchen, wo es Dir nicht blüht?"

"Mutter", sagte der junge Mann, in ihre liebevollen Augen schauend, die mit Freude an ihm hingen, "was kann denn nicht ein Mann stricken und dem Glück nachjagen durch die ganze Welt?"

"Sich ja weit genug gewesen", erwiderte die Frau sädigend und bitterlich, "und bist dreizeig Jahre alt, mein Sohn, da braut der Mensch sich gern sein festes Lach, um sich darunter zu klopfen."

Jens schüttelte leise den Kopf. — "Ich glaube, daß es noch weit von mir ist, und wie weiß es, wo ich es finde, sprach er mit halber Stimme.

"Steht hier darunter", rief die Mutter, den Arm um ihn legend. "Ist es denn nicht Dein Vater, Jens, wie beide sind alt, werden wohl bald ein anderes Jahr finden, das ist auf uns liegt und uns schützt. So ist es denn unter Herzengewicht, Dich auf jenen Untergrund zu legen, wie der Vater lag, und ein Dorf im Ernst darum zu reden, was sich schüttet."

"Siehe Mutter", sagte Jens.

"Wie ist es mit Hanna Petersen?" fragte sie. "Ist es ein Mädchen nach Deinem Sinn?"

"Also heiraten soll ich", rief Jens lachend. "Ihr wollt mich ja mögen, wie man es nennt."

"Das heißt Gut haben die Petersens", fuhr die Mutter begeistert fort, "da wäre wohl besser, der mein sage, wenn er willkommen."

"Und dari ich denn andenkeln, Mutter?"

"Es ist eine holze Kirche, häste in Hamburg bleibend und einen Handelskram nehmen können, der drei Schiffe in See setzt. Hat auch hier sich mehr wie einer darum bemühten. Gehörte Sylt kann es noch nicht kosten."

"Das ist ein widerer Mann, ja kann und kann wie der heißt", sagte Jens.

"Aber hast Du es nicht bemerkt", fragte Frau Lorenz, "daß Du ist der Viehleb dich? Bleibt Du nicht, daß sie Dich abschiebt, wenn Du ausbleibst, und das sie Dich aussucht, wenn Du kommst?"

"In Wahrheit, ich habe es nicht beachtet." "Die Tage ist sie gekommen, als Du fortwärst. Hat auf den Diensten gelegen, wo Du zu üben pflegst, hat in Deinen Büchern gelesen und hinaus geschaut über die See, als wollte sie Dich führen."

"Kann, was meinst Du dazu?" rief sie lächelnd, als Jens schwieg.

"Küller", erwiderte er, "ich habe wirklich bis jetzt, wenn ich bei Hanna war, nicht an das gedacht, was ich jetzt höre. Es ist ein kleines Mädchen, beginnen und von stillen Herzen, gewiß eine freiliche Frau im Hause, aber vertraut hat mir nichts, daß sie für mich steht."

"Geh' hin und sieh zu", sagte die Frau.

"Geh' hin", Vater.

Der Vater hatte bis jetzt geschwiegen. Nun wandte er sich um, deutete mit der Fingerspitze auf einen Mann, der den Angel der Hoffnung aufwies und sagte mit seiner ersten Beurtheilung: "Kerl auf, Jens, faile nach Deinem Willen, aber bring das Schiff über nach Haus. Ist ein gules, reiches Schiff, leicht zu steuern, wenn man es versteht, und wenn Du hilfe brauchst, da kommt der Mann, der das rechte Fahrwasser kennt."

"O, mein alter Freund!" rief Jens aufspringend, wie bin ich froh, Sie bei uns zu sehen!"

Der große dürr Mann drückte neben seinen Hut ab und grüßte freundlich herein. Danges weißes Haar fiel nach hinten gekräuselt auf seine Schultern. Sein Gesicht war braun gebrannt von der Sonne, aber seine hellen, großen Augen brachten ein eigenümliches Leuchten hinein und milderten die harten Züge.

"Gott zum Grübel!" rief er, den Kopf zum östlichen Fenster hinzuwendend und die großen Hände darreichend. — "Kun, Jens Petersen, wie gehts dem Herrn Adolofen?"

"Schön! Dank Gott, Leben", antwortet Jens im gleichen spöttischen Tone, ich wünschte, der Herr Pastor befände sich so wohl wie ich."

"Dann ist hat es keine Not", sagte der dürr Mann ins Zimmer trend. "Der Himmel fordert für uns mit Speisen aller Art. Diese gibt es im Meer, Strandköhl und Eier in Sülz, auch schenkt uns Gott Brot und Fleisch, nur Wein hat er uns nicht beschieden, sonst gutes Wasser, um den Durst zu löschen."

Ein lässiger Blick aus seinen leuchtenden Augen lochte den alten Kapitän an, der sein Gesicht auch lächend verzog und nach dem Schrank umschielte, aus welchem die Frau logisch eine Flasche und Gläser nahm, die sie freundlich ausstellt.

"Sie eine gute alte Sitt auf Gott und bei den Freien", lachte der Kapitän, die Sitt der Hoffnungswirtschaft, die glockenartig den neuen Moden noch immer nicht weichen will. — "Das' aus an meinem Tische, hier es bei unteren Vätern, wenn ein Fremder kam, und die Hochzeitshüte stand immer noch bei dem Fremden bereit. Kommt", rief er, sich zu Jens herab, "jetzt, gab es noch keine Hochzeit, die durch Frei-

zeße über das Mein und Dein die Menschen ausprechen und die Gemüter hart machen."

"Die edlen und freien Freien", erwiderte Jens lachend, "haben aber auch niemals den Priester zu seinen Pfunden geholt oder viel Kirchen gebaut."

"Sie haben in Ruhe und Sitt gelebt, bis die Rechtsverdrehet sie befreit", rief Lorenz, "und die Dänen. Sönn war auf Sylt Tanz eine Seelenheit, jetzt wird alle Wochen getanzt, trotz der Beiden Unglück und Schande. In allen Häusern, die da meinen, in ihnen wohne der Landesadel, muß ein Klavierkasten sein. Die Mädchen lernen Walzer und Schottisch noch ehe sie laufen können, und kaum gibt es eine Tochter, die nicht Sonntags in der Kirche ausschlafst, um am Abende recht munter die Beine zu röhren."

"Tanz und Spiel ist junger Herzen Freude", sagte Jens. "Es ist mir lieb zu hören, daß es so lustig zugängt."

"Die Ehekarkeit aus unseren jungen Tagen hat freilich nachgelassen", stellte die Mutter ein, "aber Herr Lorenz Leben scherzt doch, wenn er alle Mädchen in einen Topf wirft."

"Er hat keine ausgenommen", rief Jens. "Nicht einmal Hanna Petersen, der ich es treulich berichten will."

"O, die laßt sein", sprach der Pfarrer, "in der ist altes Blut und der alte Sinn, die könnte selbst einen Adolofen zum Gottessuchtheit

das entschiedenste missbillige; auch das bischöfliche Vikariat hätte sich in diesem Sinne ausgesprochen. Es würde dafür sorgen, daß in Zukunft eine solche Agitation vor und in der Kirche nicht mehr betrieben werde.

Zum preußischen Wasserrecht. In der preußischen Landtagssession für die Wasserrechtsvorlage wurde gründlich die Gültigkeit der Betriebsunternehmer für die Veräußerung der Wasserläufe anerkannt. Für den Schaden hält der Besitzer des Betriebes, dem die Veräußerung zugeschrieben ist, und wenn mehrere Betriebe in Frage kommen, die Besitzer dieser Betriebe als Gemeinschuldner

Das Reichstagspräsidium beim Kaiser. Donnerstag mittag hat der Kaiser das Reichstagspräsidium empfangen und hochglückt von der Ehre, die ihnen widerfahren, haben die Präsidenten an die bürgerliche Presse, ein im Stile der Hofberichte abgefasstes Communiqué gegeben. Sie teilen darin mit, daß Wilhelm II sehr leutselig war; er gab seiner Freude Ausdruck über die Beendigung des Streites im Augebiet und sprach die Hoffnung aus, daß die neuen Wehrvorlagen im Reichstag Annahme finden werden.

Neben der Vergleichsrede dieses Empfangs ist genauso nicht bekannt. Nur so viel ist gewiß, daß es sich wieder einmal um eine der üblichen „Plönlichkeit“ handelt. Der Präsident hatte am Mittwoch eine Sitzung des Reichstagsvorstandes angefeiert, die Donnerstag stattfinden sollte. Herr Kaempf hat also am Mittwoch nachmittags von dem Empfang noch nichts gewußt, ehe in vorgerückter Abendstunde wurde die Sitzung abgezogen. Wie verlautet, hat Vizepräsident Paasche den Reichstagsrat bearbeitet, er möge dahin unten, das der Kaiser jetzt „Zeit habe“, das Präsidium zu empfangen. Die „Vossische Zeitung“ vergleicht bereits Tränen der Rührung darüber, daß das liberale Präsidium durch diesen Empfang dem früheren schwarzblauen Präsidium gleichgestellt worden ist.

Der Gothaer Speziallandtag trat am Dienstag zu seiner letzten Tagung vor den Neuwahlen zusammen. Eine große Anzahl Vorlagen (25) stehen zur Beratung. Die Hauptauflagen sind eine Verantwortschaltung, die zugleich mit einer neuen Aufsetzung der Bauernabgeordneten, ein neues Wahlgesetz an den Gemeindevertretung statt. Zu unseren drei Sitzen, die wir bisher inne hatten, wurde noch ein neuer gewonnen, sodass wir jetzt über vier Sitze im Gemeindeparlament verfügen.

Am Anschluß an die Wahl fand eine Gemeindevertreterung statt, in der der Kostenvoranschlag für 1'120 beraten wurde. Der Steuerprozenttag wurde von 140 auf 130 Prozent ermäßigt. Berügt wurde von unserer Seite die lange Verzögerung des Schulbausbaus. Hier zeigt es sich wieder einmal recht deutlich, wie schwach unsere Regierung ist, wenn es sich um die Erfüllung von Kulturaufgaben handelt. Die überaus lange Verzögerung unseres Schulbausbaus ist auf das unzureichende Entgegenkommen der Regierung zurückzuführen.

Schweiditz 22. März. Ein gefährlicher Zug endet. Unter Ausschluß der Oberschicht verhandelte die hiesige Stroßammer am Dienstag gegen den 40 Jahre alten, verheirateten und bisher nicht verstrakt Volkschullehrer Hermann Wiesner aus Reichenbach. Die Anklage legt ihm vor Last, an ihn ein unter 14 Jahren, und zwar an den ihm angetrauten Schulnaben, unsittliche Handlungen vorgenommen zu haben. Zu der Verhandlung, die mehrere Stunden in Auseinandersetzung nahm, sind eine große Zahl von Lehrern und Schulnaben als Zeugen geladen. Der Ankläger, der aus der Untersuchungsbehörde vorgesetzt wurde, ist in zwei Fällen schuldig und lautet das Urteil unter Zustimmung aller Anwesenden: „Auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.“ Die Verhandlung nahm mehrere Stunden in Anspruch.

Schweiditz, 22. März. Die Räuber der Breitenhainer Gemeindekasse. Die hiesige Stroßammer verurteilte den Österreicher Meißner wegen des im vorigen Jahre verübten Raubes der Gemeindekasse in Breitenhain und wegen Einbruchs im Rathaus in Steinleidersdorf zu sechs Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust. Sein Komplize Rämer erhielt wegen Beihilfe neun Monate Gefängnis.

Wrieg, 22. März. Aus dem Zug gestürzt ist Mittwoch abend in Losen ein calischer Arbeiter. Als der eine Zug nach Wrieg langsam aus dem Bahnhof Losen fuhr, öffnete sich die wahrscheinlich nicht erst geschlossene Tür und der Mann stürzte heraus, wobei er sich erheblich am Kopf verletzte. Er wurde von Beamten aufgefunden, welche ihm Hilfe brachten.

Neben ein Schwexes Unfall wird der „Brieger Zeitung“ von Schleuse Neheim und um folgendes berichtet: Dienstag abend 7 Uhr wurde oberhalb der Schleuse Neheim und der Schiffsschleifung Alsfeld Neheim aus Breslau beim Zusammenstoß der Fahrzeuge ertrunken. Der Tod war sofort eingetreten und der herbeieilende Arzt konnte ihn nur noch bestätigen.

Jauer, 22. März. Zum Bau der Kanalisation. In der letzten Stadtverordnetenversammlung gab der Vorsitzende ein Schreiben des Regierungspräsidiums von Liegnitz bekannt, in welchem dieser mitteilt, daß er in Unbetrieb des kürzlich gesetzten Beschlusses der hiesigen Stadtverordnetenversammlung: „Einführung der städtischen Vollkanalisation bis zum Jahre 1915“ von einer zweckmäßigen Einführung absieht, jedoch empfiehlt, soviel wie möglich mit den Arbeiten zu beginnen. Mit der Verwendung von 200.000 Mark aus dem Reservefonds der Sparfassade zur Kanalisation, sowie von jährlich 9000 Mark zur Deckung der Betriebskosten ist der Regierung präsidium einverstanden. — Der Geländeausbau ist balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 952.213 Mark. Am Steuern werden wieder wie im Vorjahr 155 Prozent Zuschläge zur Staatsfinanz, sowie zur Grund- und Gebäudesteuer erhoben werden.

Wermuthen, 22. März. Vom Spiel in den Tod. Der 18jährige Sohn des Barbiers K. in Hermsdorf erlitt beim Spiel mit seinen Kameraden einen Herzschlag und war auf der Stelle tot.

Bromberg, 22. März. Schwurgericht. Zehn Jahre Zuchthaus erhielt der Arbeiter Enrich für mehrere Stichkleiderverbrechen. Er hatte drei allein des Weges gehende Frauen überfallen und Notzuchtverbrechen an ihnen begangen.

— Das Messer. In der Kujawierstraße drangen einige junge Männer auf einen Bierträger mit dem Messer ein und verletzten ihn schwer am Kopf.

## Aus Oberschlesien.

### Der Bergarbeiterkampf in Oberschlesien.

Die Verhältnisse zeigen, daß die Erhöhung unter den Bergarbeitern eine unglaublich große ist. Nicht einmal die Organisations, geschweige erst die Verhüttungskultur des „Manns“ und „Küter“ können den Streit einläutern. Trotzdem wieder eingefahren ist, nahm der Ausstarb am Donnerstag im engen Industriebezirk gewaltig zu. Auf der Abwehr-, Hildebrand-, Ludwigsgäß-, Myslowitz-, Trauschölligen-, Paulus-, Friedens-, Wolfgang- und Käuzowgrube befiehlt Teilstreit, die, wie auf der Friedensgrube, allerdings bis achtzig Prozent der Belegschaft erfaßt haben. Außer der fiskalischen Kündigung Luisen-Grube aber ruht die Arbeit fast vollständig.

Nachdem gegen den Willen der Organisationen des Bergarbeiterverbandes und der Gewerbevereinigung die Belegschaften den Streit fast einmütig beschlossen, gaben die Organisationen den Streit frei, worauf überall Streikkomitees gewählt wurden.

Die Ruhe der Streikenden ist überall zuerst geprägt, auch wird benennt, die weiterarbeiten, nichts in den Weg gelegt, niemand belästigt sic.

Das Schwergewicht des Kampfes liegt in Gadows, der Sitz der Königin Luisen-Grube. Die Polizei verhält sich sehr reserviert, und es ist deshalb auch nicht über das geringste Vorwissen zu klagen. Letzter scheint im Schoß der Stellbehörden sich manches vorzubereiten, denn nur so ist das Zusammensetzen von Gendarmen, die mehr

als überflüssig sind, zu erklären. Während die Gendarmen harmlos unverantwortlicher, hat man die Vertreter in Biegelsen usw. untergebracht und hält sie vorläufig von der Straße fern. Eine ganz unverständliche Maßnahme hat der Amtsvorsteher von Babitz gegen die Wirtse, bei denen Versammlungen der Streikenden stattfinden, getroffen; denn er lehrt für deren Sohn die Polizeiuniform auf 5 Uhr nachmittags bis auf weiteres fest. Da alles ruhig ist, so empfinden die Wirtse die Verfügung als eine Maßregelung und wollen sich beschweren führend an den Regierungspräsidenten wenden.

Ob der Streit nun noch weitere Ausdehnung annehmen wird, oder ob die zahllosen Versprechungen, die nur so durch die Lust schwirren, dazu beitragen werden, den Kampf abzuleben zu lassen, bleibt abzuwarten. Zeit reichen etwa 18.000 bis 20.000 Mann.

## Vollendete Kopsflosigkeit.

Bei der am Montag abgehaltenen Konferenz der fünf Bergarbeiterorganisationen waren die Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes für die Proklamation des Streits, weil man wilden Streit, die hier nicht ausgetragen sind, durchaus nicht dulden darf. Die Vertreter der Fachabteilung und Christlichen lehnten jeden Streit glatt ab und versprachen sich alles Heil von den Verhandlungen mit den Arbeiterschülern. Dieser Ansicht ist jedoch auch der Vertreter der polnischen Berufsvereinigung, Reichstagsabgeordneter Sosinski, an, der während folgendes erklärte:

„Wir müssen erst alle Wege ausnützen, damit mir der Minister Teilung nicht dieselben Vorwürfe machen kann, wie dem Abgeordneten Sachse!“

Als ihn dann Deimpel vom Bergarbeiterverband vorstellt: „Ja, aber die Wege strecken doch, die bekommen wie doch nicht in die Grube hinein, und die wilden Streit werden eher zu als abnehmen“, sagte Sosinski: „Wird gegen den Willen der Organisation gestreikt, und es beständen sich Zeute von uns darunter, dann werden wir Streikunterstützung nicht zahlen!“

Nach dieser Erklärung war die Mehrheit, bestehend aus Fachabteilern, Christlichen und Berufsvereinigung, gegen den Streit.

Als nun die Vertreter des Bergarbeiterverbandes in Zabrze, Gaborze, Poremba usw. in den Versammlungen den Streikenden den Beschluss der Mehrheit vortrugen, da traten plötzlich die Vertreter der polnischen Berufsvereinigung, die Sekretäre Dubiel und Piecha, auf und erklärten: „Wir wollen nicht den Streit nicht, nachdem er aber ausgebrochen ist, nehmen wir den Kampf auf und werden Euch unterstützen.“ Als ihnen nun von den Vertretern des Bergarbeiterverbandes vorgetragen wurde, daß dieses doch das strafe Gegenteil von dem sei, was Sosinski in der Konferenz erklärte und was die Mehrheit der Konferenz beschlossen hat, da erklärte Piecha: „In dieser Möglichkeit hat Sosinski gar nichts zu sagen; wir, die Abteilung für Bergarbeiter, sind dazu berufen, und wenn Sosinski sich dem Willen der Arbeiter nicht stellt, dann stellen wir ihn fort.“

Wenn man bedenkt, daß Sosinski der Hauptverantwortliche der Berufsvereinigung ist, dann muß man sagen, daß eine größere Kopsflosigkeit kaum denkbare ist.

Matibor, 20. März. Eine nette Submissionsblüte kam bei der Vergabe der Arbeiten für den Bau der Chaussee Matibor-Zawada-Heroldisch-Schönwitz zu Stande. Das niedrigste Gebot lautete auf 9512 Mark, das höchste auf 30.702 Mark. Der Unterschied (21.120 Mark) ist also mehr als zweimal so groß wie die niedrigste Forderung. Das niedrigste Gebot gab Schultz-Kotowicz ab, ihm folgte mit 9780 M. die Firma Wojsznka & Co. in Katowitz. Sechs Angebote bereiteten sich dann zwischen 14.886 und 18.983 Mark, darunter R. Scoll-Matibor mit 14.977 M. Es folgten sechs Angebote von 20.021 bis 26.374 M. und schließlich als Höchstförderung Th. Schönburg-Matibor mit 30.702 M. Was muß doch an solchen Submissionen auf Kosten der Arbeiter noch verdient werden!

Groß-Strehlitz, 22. März. Gefährliche Arbeit. Beim Verladen von alten Granaten, welche als Altmaterial aus Polen zum Einschmelzen an d. s. Hüttwerk Colonowska geliefert worden waren, schüttete ein Arbeiter aus Unachtsamkeit glühende Kohle in eine offene Granate. Die Granate war noch nicht entladen und explodierte. Ein Mann verlor durch die Explosion einen Arm und ein Bein, ein weiterer Mann verlor ein Bein. Der Zustand beider Schwerverletzten ist hoffnungslos.

Königsbrücke, 22. März. Beim Spiel. Mittwoch vormittag tummeln sich auf der Beuthener Straße Schuljungen und bemerkten nicht das Herannahen eines Straßenbahnenwagens. Der neunjährige Kożewski geriet unter einen Wagen und erlitt sehr schwere Verletzungen, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Rawidow, 22. März. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 24. März, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Wendiner („Deutscher Kaiser“), Friedrichstraße: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Zehlitz, 20. März. Aus der Partei: Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins trat am letzten Sonnabend im hiesigen Gewerbeschäftlokal. Genosse Hanke-Kotowicz sprach über das Thema: Aus der Entwicklungsgeschichte der Sozialdemokratie. In der an den Vortrag sich anschließenden Diskussion, wurde besonders auf die Notwendigkeit einer Agitation zur Gewinnung neuer Abonnenten auf die Parteipresse hingewiesen. Sind auch in Anbetracht der besonderen Verhältnisse die Schwierigkeiten nicht zu verleugnen, die sich einer wirklichen Agitation in den Weg stellen, so muss doch jeder bestrebt sein, diese zu überwinden und für die Ausbreitung unserer Zeitung Sorge tragen. Unsere Genossen werden gewiß in diesem Sinne zu arbeiten bestrebt sein.

## Parteianangelegenheiten.

Taschenbuch der Reichstagswahlen. Ein unerhebliches Taschenbuch für jeden politisch Interessierten. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Aus dem außerordentlich reichhaltigen Inhalt erzählen wir: Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1918, nedt vergleichsweise der Reichstagswahlen von 1903 und 1907.

Die Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten und Provinzen. — Stimmenzahlen bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912. — Stärke der Fraktionen nach den Haupt- und Stichwahlen. — Angabe, wieviel Prozent der Stimmen die Parteien bei den Hauptwahlen erhalten haben. — Ergebnisse der Reichstagswahlen nach dem Proportionalwahlrecht. — Die Verteilung der Parteien im Reichstag 1912. — Aus der Geschäftsausordnung des Reichstages. — Porträts und Biographien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1912. Der billige Preis von 20 Pf. macht die Anschaffung allgemein möglich. Zu bezahlen durch alle Buchhandlungen.

Reichsvertreter Redakteur: Karl Mosell. — Redaktion und Geschäftsführung: G. m. b. H. — Druck: Druckerei 7. — Verlag: Vorwärts, G. m. b. H. — Sammlung in Berlin. Seite 2 Doppelseite.

# Volkswachtleser kaufet ein Gardinen, Stores

bei

5820

## Julius Fein

früher jahrelang bei Rosenstock

Junkernstrasse 14, nur 1. Etage

vis-à-vis Kissling.

Bei jeder Saison empfiehlt ich mein großes Lager von  
**Schuhwaren** in  
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln  
zu stunnend billigen Preisen.  
**Martha Christmann**, Geschäftsführerin.  
Auguste Koch.  
36 Scheitnigerstrasse 36.  
Bitte genau auf Firma zu achten.

## Nur für Herren

die Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich die Gelegenheit

**Ulster, Paletots, Anzüge**  
für **8.- 10.- 12.-**  
**14.- 16.- 20.- usw.**

### Wenig gebraucht

von Ia. Schneidern angefertigt,  
teilweise aus Abonnementshäusern  
zu kaufen.

## Ganz umsonst

können wir nicht verkaufen,  
doch geben wir Vorzeiger dieses  
5% Rabatt.

Wir verleihen Gesellschafts-Anzüge für 5 Mk.

**Kaufhaus für Herregarderoben** G. m. b. H.

Neue Schweidnitzerstrasse 6, Hansa-Haus.

## Wir möchten gern

all' Denzenigen, welche Bürsten, Beien, Scheuertücher  
und sonstige Reinigungs-Artikel brauchen, umziehen oder

## ein neues Mädchen haben

den Einfalls verbilligen. — Wie empfehlen deshalb fehlerhafte  
oder sonstwie im Preise zurückgesetzte Waren.

**Auswählbeispiel, sehr praktisch, 18 Pf.**

3 Nagelbürsten . . . 10 Pf. 1 Jahnbürste, bunt. Gr. 15 Pf.

3 Schuhcreme . . . 20 . 1 Kleiderbürste pa. Coco 18 .

3 Scheuerbürsten . . . 25 . 1 Schuh-Glanzbürste . . . 18 .

3 Stollen-Zoilettepapier 35 . 1 Reinigerbürste m. Stiel 25 .

3 Pack Bohnerspäne . . 40 . 1 großen Teppichloper 25 .

3 Scheuertücher zusammen 35, 40, 60 Pf.

2 Steinblämme, bunt . 15 Pf. 2 Schod Wäschelkammern 25 Pf.

1 Kräckerlamm. Horn . 10 . 1 halbdurch. Ächsenbürste 35 .

1 Zahnenkamm, bunt . 5 . 1 fl. Dose Bohnermasse 38 .

ca. 20 Meter lange weiße Bödenleine 1 Pf.

1 Borsten-Handseiger. . 25 Pf. 1 polierten Möbelpinsel 32 Pf.

1 Leppichseiger-Brosche . 32 . 1 echten Rohhaarseiger . 45 .

1 Eisendose, weiß . . 25 . 1 prima Rohhaarbrace 165 .

Fußmatten, Korbzürnen Haussandaleirünen, Zwärmärm.

Seifen, Gläschener, Zylinderpuder etc. billig.

**London & Co., Oderstr. 5, vom Ringe.**

Heimtag! Parteigenossen und Genossinnen! Heimtag!  
kauf' **Herren- und Knabengarderoben**

1710

**Julius Wittkowski**

Adalbertstrasse 16.

### Grosse Auswahl

Ronfirmanden-Auszüge in blau und schwarz,  
dunkelrot und graue Farben, prima Qualität, zu sehr billigen Preisen.

Jeder Konfirmanthe erhält ein Geschenk.

Samstag vor der Konfirmation.

### Gelegenheitskäufe von Schuhwaren.

**Herrenstiefel** von 5.00 Mk. an

**Damenstiefel** " 5.50 "

**Barstenstiefel** " 4.50 "

Modernste Fassons und gute Passformen.

**Nur Nikolaistrasse Nr. 71**

vis-à-vis Leuchtag.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.

Zager moderner und praktischer Stoffe.

**V. Liepelt, Schneidermeister**

Zager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.

für jeden Beruf, eigen  
und beste Fabrikate.



## Frühlingswoche

### Vorteilhaftes Angebot von Kinderstrümpfen:

8715

Grösse:	1	2	3	4	5	6	7	8
Schwarz, nahtlos im Fuss, echtfarbig	<b>20</b>	<b>24</b>	<b>28</b>	<b>32</b>	<b>36</b>	<b>40</b>	<b>44</b>	<b>48</b>
Paar								
Schwarz und echt lederfarbig, sehr haltbare Qualität, nahtlos	<b>26</b>	<b>30</b>	<b>34</b>	<b>38</b>	<b>42</b>	<b>46</b>	<b>50</b>	<b>54</b>
Paar								
Hervorragende Qualität in echtschwarz u. lederfarb., vollständ. nahtlos	<b>30</b>	<b>35</b>	<b>40</b>	<b>45</b>	<b>50</b>	<b>55</b>	<b>60</b>	<b>65</b>
Paar								
Braun gemustert, modernes Dessin,	<b>30</b>	<b>35</b>	<b>40</b>	<b>45</b>	<b>50</b>	<b>55</b>	<b>60</b>	<b>65</b>
Paar								
Braun gemustert, kräftige Qualität, nahtlos	<b>35</b>	<b>40</b>	<b>45</b>	<b>50</b>	<b>55</b>	<b>60</b>	<b>65</b>	<b>70</b>
Paar								
Schwarz u. braun, glatt, 3fache vorzügl. haltb. Makoqual., feinfäd. gestr. Paar	<b>40</b>	<b>48</b>	<b>55</b>	<b>63</b>	<b>70</b>	<b>78</b>	<b>85</b>	<b>93</b>
Paar								
Schwarz u. braun, durchbroch. Prima Makoware, sehr haltbar	<b>45</b>	<b>50</b>	<b>55</b>	<b>60</b>	<b>65</b>	<b>70</b>	<b>75</b>	<b>80</b>
Paar								
Schwarz, glatt, nahtl. Ia. Qual., stark- fäidige, regulär gestr. Ware	<b>45</b>	<b>50</b>	<b>55</b>	<b>60</b>	<b>65</b>	<b>70</b>	<b>75</b>	<b>80</b>
Paar								

### Damenstrümpfe

schw. u. braun 1/1 naht-  
los gestrickt . Paar

### Damenstrümpfe

schw. u. braun, 1/1 naht-  
los, Pa.-Qualität, Paar

**42**

55

### Zwirn-Schweisssocken

äusserst haltb. i. grau,  
nahtlos i. Fuss, Paar

**30**

Pf.

### Sommer-Socken

Mako initiert,  
Paar

### Herren-Socken

schw. u. braun, naht-  
los im Fuss . Paar

**38**

18

### Ersatzfüsse

schwarz und braun,  
Paar

**18**

Pf.

## Succas Nachf. Fraenkel

Schmiedebrücke 54. Engroslager von mehr als 3000 Dtzd. l. Etg.  
Grösstes Spezialhaus für Strumpfwaren.

„Cito“, „Triumph“  
„Molke“, „Blitz“ Fahrräder.

Grüsslige Marken zu zeitgemäßen Preisen, sowie 10 gebrauchte  
Räder z. T. mit Garantie und viele andere in allen Preislagen.

Neue Konkurrenzräder von Mk. 45.— an.

Reparaturen können und machen.

Tscheperer - Fahrradhaus, Striehauerplatz 13.

Zur Konfirmation  
kaufst man das eleganste und haltbarste

Schuhwerk

bei denbar grösster Auswahl in Kinder-, Strand- und Zeugschuhen,  
sowie Holz- und andere Pantoffeln zu streng reellen Preisen nur bei

Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,

Friedrich-Wilhelmstraße 52, geradeüber der Friedrich-Karlstr.

dass Sie sich jetzt die Frage vorlegen, wo decke ich meinen Bedarf in Garderoben für das Frühjahr? Sie können  
dann nur zum Entschluss kommen, in einem Geschäft zu kaufen, welches als reell u. billig bekannt ist. Infolge  
meiner geringen Spesen verkaufe ich:

Herren-Anzüge, Paletots, Ulster, Burschen- u. Knaben-Anzüge sowie Arbeitshosen,  
Montenjacken und sämtliche Arten Berufskleidung zu äusserst niedrigen Preisen.

Ein Besuch meines Geschäftslokals, ohne jeden Kaufzwang, ist daher selbst aus dem entgegengesetzten Ende  
Breslaus sehr lohnend.

Spezialität: Anfertigung nach Mass vom einfachsten bis elegantesten Genre.

vormals: Herm. Wilhelm

Max Landsberg, Gräbschenerstr. 27

Ecke Holteistrasse.

# 1. Beilage zu Nr. 70 der „Volkswacht“.

Samstagabend, den 23. März 1912.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. März.

### Geschichtskalender.

23. März.

- 1819 Der Lustspieldichter August v. Kotzebue in Mannheim ermordet.  
1808 Der Schriftsteller Hans Wackenhausen in Marburg †.  
1902 Der ungarische Staatsmann Károlyi Tisza v. Borosjenő in Budapest †.

### Abgelehnte Richter.

Nicht weniger als drei Prozesse standen am Donnerstag vor der Breslauer Strafammer gegen Genossen Tarf als dem früher verantwortlichen Redakteur unseres Blattes an. Der Amtsvertreter von Deutsch-Rissa hatte zu Utrecht eine Versammlung verboten, in der Frau Wartenberg aus Altona einen sozialwissenschaftlichen Lichtbildervortrag halten sollte. Es ist ihm mittlerweile vom Regierungspräsidenten bestcheinigt worden, daß sein Verbot zu Unrecht ergangen war, aber wie gewöhnlich: Wenn Behörden Fehler begangen, kommt ein sozialdemokratischer Redakteur auf die Anklagebank, weil die Behörden sich durch die Kritik ihrer Fehler vor sich vereidigt fühlen.

Im ersten Falle fühlte sich der Magistrat von Landeshut beleidigt. Ein alter städtischer Arbeiter hatte dort aus Gründen darüber Selbstmord verübt, daß ihm sein Auftrag auf Invalidenrente abgelehnt worden war. Gegen den Magistrat wurde der leise Tadel erhoben, für den kranken Greis nicht gejagt zu haben. Der Magistrat fühlte sich beleidigt, da der Arbeiter pro Woche etwa 80 Mark Krankengeld erhalten und noch nicht nötig gehabt hatte, zu verbuntern, da man bei ihm nach dem Tode noch ein Sparlassenbuch und barres Geld im Betrage von zusammen über 80 Mark vorgefunden hatte.

Schließlich fühlte sich noch der Amtsvertreter von Oderwitz, Kreis Goldberg, beleidigt. Er hatte eine Versammlung unter freiem Himmel verboten, nachdem der soziale Besitzer ihm erklärt, daß er sein Grundstück zu der Versammlung nicht hergabe. Dieses Verbot war unberechtigt, doch hatte der Amtsvertreter den Besitzer nicht zu sich bestellt, wie dieser in einem Briefe an unseren Vertrauensmann geschrieben, sondern der Besitzer war aus Angst vor dem Kriegerverein und weil er glaubte, den Amtsvertreter in einem Prozeß auf Wildschadenstraf als Zeugen gebrauchen zu können, zu diesem hingeladen und hatte ihn gebeten, die Versammlung nicht zu verhindern.

Nach den früheren Erfahrungen, insbesondere denen im letzten Prozeß, wo Genosse Tarf wegen der Kritik des polizeilichen Vorgehens bei der Vertheidigung der Genossin Kaiser zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, erwarteten die Richter der ersten Strafammer der Besangenheit dringend verdächtig. Herr Rechtsanwalt Vandmann schuf deshalb beim Eintritt in die Verhandlung den Vorsitzenden und zwei Peitscher, die in den letzten Prozess zu Gericht gesessen hatten, im Auftrage des Angeklagten ab. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Mundt, ließ eine mündliche Begründung vor der Offenlichkeit einholen. Rechtsanwalt Vandmann überreichte deshalb dem Gericht folgende schriftliche Begründung:

In der Strafsache gegen den Redakteur Reinbold Tarf in Breslau wegen Bekleidung lehne ich, als Verteidiger des Angeklagten, folgende Mitglieder der ersten Strafammer des Königlichen Landgerichts zu Breslau, nämlich:

1. Herrn Landgerichtsdirektor Mundt,
2. Herrn Landgerichtsrat Schmidt,
3. Herrn Landgerichtsrat von Schlebetzky

Zur Begründung wird folgendes angeführt:

1. Der Angeklagte Tarf ist, ebenso wie seine Vorgänger, in der Stellung des verantwortlichen Redakteurs der „Volkswacht“ nämlich die Redakteure Albert, Rabold und Schiller von der ersten Strafammer wiederholt wegen Bekleidung durch die Presse zu empfindlichen Freiheits- und Geldstrafen verurteilt worden. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um Bekleidungen, die gegen Beamte und Behörden begangen sein sollen. In keinem dieser Strafprozesse ist eine Freisprechung erfolgt, weil den Angeklagten stets der Schluß des § 193 Str.G.B. versagt wurde.

Schon diese Tatsache allein rechtfertigt die Beurteilung, daß die obengenannten drei Mitglieder der Strafammer, die in der Mehrzahl dieser Strafprozesse als Richter tätig gewesen sind, mit einer gewissen Vorurteilshaltung an die Beurteilung einer neuen Antosa herangehen, in der es sich ebenfalls um angebliche Bekleidungen gegen Behörden und Beamte handelt. Diese Beurteilung ist um so mehr gerechtfertigt, als an dem heutigen Verhandlungstage drei Strafprozesse gegen den Angeklagten zur Hauptverhandlung anstehen.

Zur Hauptverhandlung wird auf die Akten der jüngsten Strafprozesse, die seit dem 1. Januar 1910 gegen den Angeklagten Tarf und gegen die Redakteure Albert, Rabold und Schiller anhängig gewesen sind, Bezug genommen.

2. Die Besorgnis der Besangenheit, der drei abgelehnten Mitglieder der Strafammer wird jerner mit dem in der Strafanzeige gegen denselben Angeklagten — 127 J.M. 90811 — erlangte Urteil derselben Strafammer vom 30. Januar 1912 begründet. Durch dieses Urteil, an dessen Fassung die abgelehnten drei Mitglieder der Strafammer ebenfalls teilgenommen haben, ist der Angeklagte zu der außerordentlich strengen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, obgleich es nur das Verhalten von Polizeibeamten gelegentlich einer Vertheidigung einer, wenn auch scharfen, Kritik unterzogen hat.

Der wesentliche Inhalt des damals inculpierten Urteils, für welchen der Angeklagte als verantwortlicher Redakteur die preußische Verantwortung zu tragen hatte, war richtig, denn die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die Polizeibeamten das Missbringen von Kränzen mit roten Schleifen verhindert haben, daß zu diesem Zwecke neben uniformierten Schulschülern noch ein Polizeibeamter in Amtstätigkeit war, und daß dieser Polizeibeamte neben dem Wagen, in welchem die Kränze mit den roten Schleifen endlich untergebracht wurden, hergegangen ist, um auch nur das Missbringen einer Schleife zu verhindern.

Obgleich es sich hierbei um ein Eingreifen der Polizeibehörde um ein Leichenbegängnis handelt, also in einem Akt der Pietät, der von jedermann respektiert werden muß und respektiert zu werden pflegt, und, obgleich auch der bei diesem Leichenbegängnis als Zeuge tätige Prediger Schirn, seiner Erklärung über das Verhalten der Polizei bei diesem Leichenbegängnis Ausdruck gegeben hat, hat das Bericht die außerordentlich harte Strafe von drei Monaten Gefängnis für annehmbarer erachtet und herverordnet, daß diese Strafe noch härter ausfallen wäre, wenn nicht durch ein damals noch nicht aufgebohrtes sozialdemokratisches Urteil das Tragen von Kränzen mit roten Schleifen für grundsätzlich erlaubt und jerner in einer Reihe leichter Fälle das Tragen derartiger Kränze von der Polizei nicht beanstandet worden wäre.

Dagegen ist sowohl in diesem Urteil, wie auch in den früheren obenerwähnten Urteilen, den Verfehlern der inculpierten Redakteure und den für sie verantwortlichen Redakteuren stets die Absicht unterstellt worden, daß sie peinlich und in der Absicht die Achtung vor den Behörden und Beamten herabzusetzen, gehandelt hätten, obgleich die Urteile offensichtlich nur den Zweck verfolgten, durchzusehen, daß den in den einzelnen Artikeln getuerten Verfehlungen Abhilfe geschaffen und vor allem, daß seitens der Behörden mit gleichem Maße gemessen und deren Auordnungen ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit der in Betracht kommenden Personen getroffen würden, insbesondere, daß für die sozialdemokratische Partei und ihre Veranstaltungen nicht mit Sondermaßregeln vorzugehen würde.

Die Verfassung des § 193 in dem vorherwähnten Strafverfahren wird von dem Angeklagten für um so unberichtigter erachtet, als er gerade an diesem Leichenbegängnis selbst teilgenommen und selbst Träger eines der in Frage kommenden Kränze sein sollte und deswegen von den polizeilichen Anordnungen unmittelbar betroffen wurde.

3. In den Strafzumessungsgründen des zu 2. erwähnten Urteils und der früheren Urteile wird zwar immer auf die Vorstrafen der Angeklagten und speziell des hier angeklagten Redakteurs Tarf wegen Bekleidung durch die Presse als straf-

verschärfend Bezug genommen, niemals aber dem Umstand Rechnung getragen, daß die sozialdemokratische Presse in Breslau von der Polizei und von der Staatsanwaltschaft so häufig und intensiv verfolgt wird, wie dies kaum noch in einer anderen Stadt Deutschlands geschieht. Hierbei wird hervorgehoben, daß der Angeklagte Tarf wegen irgend einer anderen Straftat, abgesehen von einer geringfügigen Bekleidung des Vereins, insbesondere wegen einer Bekleidung, die nicht durch die Presse begangen wäre, noch nie als bestraft worden ist.

Gegen den Vorsitzenden der ersten Strafammer, Herrn Landgerichtsdirektor Mundt, wird speziell noch folgender Abwehrgrund vorgebracht:

Für die schon obenerwähnten Verhandlung gegen denselben Angeklagten vom 30. Januar er, die mit seiner Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis endete, war eine gewisse Erregung an den Vorsitzenden, die in seinem Verhalten gegenüber dem Angeklagten und den Entlastungszeugen zum Ausbruch kam, nicht zu verleugnen. So wurde insbesondere dem Angeklagten, als er zu seiner Vertheidigung einwandte, daß er mit dem Artikel nur die Wahrung der staatsbürgerschen Rechte, um die seine Partei schon seit mehr als vierzig Jahren kämpfte, mit einer gewissen Ironie erwiderte, daß der Angeklagte ja noch gern nicht so alt sei, um diese Kämpfe mitgemacht haben zu können. Wie alt sei, um diese Kämpfe mitgemacht haben zu können." Wie der Angeklagte hierauf entgegnete, daß er selbst seit circa 20 Jahren der sozialdemokratischen Partei angehört, wurde ihm von dem Herrn Vorsitzenden entgegnet, daß der Angeklagte, der damals erst 19 Jahre alt gewesen sei, wohl äußerlich sich zu der Partei bekannt haben möge, aber damals sicher noch nicht für die Beurteilung von Fragen der Politik das nötige Verständnis gehabt habe."

Dem Entlastungszeugen, Prediger Schirn, wurde, als er wie erwähnt, seiner Entrüstung über das Eingreifen der Polizei in das Leichenbegängnis Ausdruck gab, von dem Herrn Vorsitzenden fast wörterlich entgegengehalten:

"Aber an den roten Schleifen und dem Jochlein und Schreien des herumstehenden Jünglings haben Sie keinen Anstoß genommen."

Es wird hierüber auf das Zeugnis des Herrn Landgerichtsdirektors Mundt Bezug genommen.

Hieraus ist zu entnehmen, daß der Herr Vorsitzende in der damaligen Verhandlung von einer Vorurteilshaltung gegen den Angeklagten geleitet war, und es ist daher die Besorgnis gerechtfertigt, daß in der heutigen Verhandlung, die die nächste nach der erwähnten ist, die gleiche Vorurteilshaltung gegen den Angeklagten vorbesteht.

Der Antrag des Verteidigers wurde abgelehnt, da die drei Richter sich nicht als befangen fühlten.

Als nun in die Verhandlung eingetreten wurde, gab Geiste Tarf folgende Erklärung ab:

"Ich habe zu den drei Prozessen keine Beweisaufträge gestellt, meine Entlastungszeugen haben lassen, da das noch meinen Erfahrungen vor dieser Saison gar keinen Zweck hat. Im letzten Prozeß regte sich der Herr Vorsitzende über die Entlastungszeugen nur auf und ihre Aussagen wurden im Urteil nicht berücksichtigt. Ich halte deshalb jede Vertheidigung für zwecklos und werde mit der so bestellten Kammer nicht verhandeln. Ebenso bitte ich meinen Herrn Verteidiger, sich in dieser Verhandlung jede Mühe zu sparen, da hier doch so wie so alles zwecklos ist. Ich will es den Richtern überlassen, in Gemeinschaft mit dem Herrn Staatsanwalt allein das zu finden, was sie für Recht halten."

Rechtsanwalt Vandmann: Nach dieser Erklärung meiner Herrn Clienten, die mit meinem Einverständnis erfolgt ist, werde ich an der weiteren Verhandlung nicht teilnehmen. (Der Verteidiger verläßt den Saal.)

Staatsanwalt: Ich bitte zu Protokoll zu nehmen, daß der Herr Verteidiger den Saal verlassen hat.

Hierauf erfolgte die Beweisaufnahme unter peinlichster Beachtung aller vorgeschriebenen Formeln. Richter und Staatsanwalt ergänzten sich gegenseitig, um ja nicht irgend eine Möglichkeit zu vergessen und damit einen Revisionsgrund zu geben. Es wird sich verlorenen, bei anderer Gelegenheit noch einiges über die Praktiken von Amtsvertretern mitzuweilen, wie sie sich in der Verhandlung entfaltet haben.

Obwohl der Amtsvertreter von Deutsch-Rissa zu Unrecht die Versammlung verboten hat, sandt der Staatsanwalt gegen Tarf doch logisch das "richtige" Breslauer Strafmaß: 30 Tage

dauliche Einsonie von Schaftewski und eine Ouvertüre von Berlin als „vollständig“ auf dem Programm standen. Zu bemängeln ist ferner die Art, wie Herr Schirn in einer bis zum Überdrüß abgespielten Ouvertüre zum „Festspiel“, daß seit vielen Jahren vorzüglich eingespielte Philharmonische Orchester dirigiert. So handelt man ein von gebildet es Schüler- oder Dilettantenteich. Wenn da wirklich „das Volk“ läuft, welche es eine Art zu niedrige Meinung von dem Dirigenten und seiner Leistung zu haben. Solche Direktionsweise imponiert nur dem Vater. Eine geschätzte Bob gehörte der Ausführung der Klavierstücke und der Wohl desselben durch Frau Matilde Schirn-Kaufmann. Ich hörte und das Konzertstück von Weber, das die Künstlerin mit prachtvoller Technik und feinerdem Rhythmus vortrug. Nur würde sie die Dame recht bald von den unschönen Armbewegungen emanzipieren, welche in Wirklichkeit weder mit dem Klavierspiel im allgemeinen, noch mit der Qualität des Tones etwas zu tun haben. Ein Berliner Kritiker wunderte sich lärmäßig darüber, daß dieses anscheinend überzählig Konzertstück wieder Mode würde. Der Herr hätte gut getan, auch nur ein einziges modernes Klavierkonzert mampft zu machen, welches sich in Bezug auf intimes Verständnis für das Soloinstrument diesem an die Seite stellen könnte. Man muß es lieb belassen daß in Hochstufen die Meinung vorherrscht, es ist nicht „vornehm“, ein Klavierkonzert von Mendelssohn oder Brahms zu spielen. Aber Reger gilt als „vornehm“!

H. M.

### Aus aller Welt.

**Die Bombenexplosionen in Porto.** Die Bombenexplosionen, die Porto in Katastrophe und Schreden verworfen, haben eine größere Anzahl Menschenopfer gefordert, als zuerst angenommen wurde. Drei Häuser sind vollständig in sich zusammengebrochen und begraben unter sich zahlreiche Menschen. Bis jetzt hat man aus den Trümmern 15 Leichen hervorgezogen. 20 Personen haben mehr oder minder schwere Verlebungen erlitten. Man glaubt, daß sich noch mehr Todesopfer unter den Trümmern befinden. Donnerstag morgen gelang es, einen Mann zu bergen, der die ganze Nacht unter einem schweren Balken gelegen hatte und jämmerlich um Hilfe rief. Diese konnte ihm jedoch erst zuteil werden, nachdem zahlreiche Steinmassen weggeräumt worden waren. Die Katastrophen wird mehreren Republikanern zur Last gelegt, die sich mit der Fabrikation von Bomben beschäftigen und versucht hatten, die Lunte einer alten Bombe, die sie leer vermuteten, anzuzünden. Kaum war die Lunte abgebrannt, als sich dieses entzündete. Unglück ereignete. Die Bombe explodierte und führte auch die Explosion der übrigen Bomben, die gefüllt in der Nähe lagen, herbei.

**Zum Tode verurteilt.** Das Hamburger Schwurgericht verurteilte den Dienstleicht Meister aus Frankfurt a. d. O., der am Abende vor Weihnachten in Cuxhaven das alte Gasleitungsschepa Ulrich grausam hingerichtet und dabei eine Summe von 200 Mk. geraubt hatte, zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

**Schiffunglück bei Island.** Aus Reykjavik (Island) wird telegraphiert, daß der isländische Fischdampfer „Gew“ mit seiner gesamten Besatzung von 27 Mann untergegangen ist. Damit sind über 80 Frauen, Kinder und Greise ihrer Erbauer verloren.

**Die Grubenkatastrophe in Oklahoma.** Bei einem Unglück auf der San Joaquin-Grube in Oklahoma sind 105 Bergleute getötet worden.

**Großfeuer.** In der Endbenzinierungsanstalt in Drosophy brach ein großer Brand aus. Zwei Reservoirs, die ungefähr 150 Zentner Benzolin enthielten und ein Reservoir, das ungefähr 100 Kilogramm Rohöl enthielt, wurden von den Flammen ergriffen. Die Feuerwehrmannschaften sind dem wütenden Elemente gegenüber hier vollständig machtlos. Das Feuer wird nicht eher aufhören, bis die Fahrzeuge vollständig ausgebrannt sind. Es dürfte jedenfalls noch einige Tage ununterbrochen weiterbrennen. Der durch den Brand verursachte Schaden wird auf über eine Million Kronen geschätzt.

**Familientragödie in Wien.** Die 30jährige Frau des Geschäftsführers Albert Deigner in Wien starb in einem Unfall von Gewissensstörung mit ihrem 8-jährigen Sohn Edmund aus ihrer im 4. Stock belegten Wohnung in der Stefanistrasse auf die Straße hinab. Ihr 9 Jahre alter Sohn Franz sprang der Frau, ehe man es verhindern konnte, nach und alle drei wurden so schwer verletzt, daß sie sofort nach ihrer Entfernung ins Krankenhaus starben.

**Automobilunfall eines Arztes.** Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich bei Neudölling. Als der praktische Arzt Dr. Kolb mit seinem Automobil in die Ortschaft Winkelring in schneller Fahrt einbog, kam ihm das Gespann des Delphinen-Gerings ergegnet. Die Pferde des Wagens scheuten und das Automobil wollte ausweichen. Hierbei schlug es gegen die Straßeneinfassung, stürzte den Dammlinien unter und überschlug sich mehrere Male. Der Chauffeur und Dr. Kolb wurden in weittem Saal

Monate Gefängnis! Das Gericht sah eine Geldstrafe von 50 Mark fest, weil aus dem Urteil der unzureichende Vorwurf herausgelassen werden müsse, der Amtsvertreter habe das Verlagsgesetz schändlich gehandhabt.

Im Landesgericht Halle beantragte der Staatsanwalt selbst nur 50 Mark Geldstrafe und das Gericht hielt diese Strafe für angemessen.

Wegen Beleidigung des Amtsvertreters von Ober-Adelsdorf hält der Staatsanwalt 300 Mark Geldstrafe für ungemein. Das Urteil lautete auf 100 Mark.

Da es sich in allen drei Fällen um Kapitalien handelt, wegen denen ein anderes Blatt sicher nicht unter Anklage kommen wäre, sind die festgesetzten Strafen immerhin als sehr hoch zu betrachten. Aber sie sind mäßig im Vergleich zu dem, was wir in Breslau sonst schon erlebt haben und worauf der Staatsanwalt im ersten Falle wieder rechnet. Die Prozessführung des Verteidigenden, der diesmal sowohl während der Verhandlung, wie bei der Urteilsverkündung alles pertinenzisch verlebte, läßt erkennen, daß die gerechte Kritik, die die Breslauer Justiz in letzter Zeit von allen Seiten erhält, nicht völlig unbeachtet geblieben ist.

### Der Frauenabend

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau, der Donnerstag in acht Lokalen abgehalten wurde, hatte keine polizeiliche Überwachung. Der Herr Polizeipräsident scheint sich davon überzeugt zu haben, daß nur Mitglieder er scheinen, so daß die Beamten besser dort verwendet werden, wo sie wirklich notwendig sind. Im übrigen hat selbstverständlich das große Ausgebot von Kommissaren und Schauspielern im Februar unserem Frauenabend nicht gefehlt; im Gegenteil, die Frauen und Mädchen wurden dadurch sehr aufgemuntert und angeregt, nun erst recht für ihre gute Sache zu werben. Das bewies auch der gestrige Frauenabend, der besser als alle früheren besucht war. Über Einzelheiten berichten wir morgen.

### Von der Gemeindewahl.

Drei rote Vertreter in Stabelwitz.  
Ein glänzendes Ergebnis hatte die Gemeindewahl in Stabelwitz am Mittwoch; drei Genossen wurden mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Die Genossen hatten sich sehr zahlreich eingefunden, trotzdem die Wahlzeit ungünstig angegesetzt war, nämlich von 1-2½ Uhr nachmittags. Schon bei den Wahlen in den Wahlvorstand trugen unsere Genossen Hanke und Riedel den Sieg davon und bei der Wahl von zwei Bürgern und einem Nachbrenner der dritten Abteilung erhielten Stimmen die Genossen Hanke 89, Lübeck 87, Wolf 84. Die Gegner bekamen im ganzen 7,6 und 4 Stimmen und gingen sehr betrübt von dannen. In Zukunft dürfen sie wohl darauf verzichten, eigene Kandidaten aufzustellen. In der 2. Klasse war ein Genosse aufgestellt worden; er konnte aber keine Stimme erhalten, weil sich die Geschäftsfrauen von der Wahl fernhielten. Es wurde ein Gegner mit 9 Stimmen gewählt; davon waren noch 4 Abstimmungen. Noch merkwürdiger fiel die Wahl der 1. Klasse aus. Sie hatte 2 Vertreter zu wählen; da kein Wähler erschien, wurden die beiden durch eine Torensenstimme ernannt. Es steht das Wahlrecht auf dem Lande aus. 92 Stimmen der 3. Klasse wählten drei Vertreter, 9 Stimmen der 2. Klasse einen Vertreter und 1 Torensenstimme der 1. Klasse zwei Vertreter.

### Stichwahl in Neukirch.

Bei der Stichwahl in Neukirch war die Beteiligung sehr stark. Der Bürgermeister erhielt 104 Stimmen, unser Genosse Stein 91. Da einer der Gegner im Wahlvorstand fehlte, wurde an seine Stelle Genosse Francke gewählt, der dann den Wahlvorsteher auf die Ungültigkeit von drei Torenstimmen aufmerksam machte. Da ein Teil der Wähler mit Herrn Scholz nicht mehr zufrieden war, hatten sich zur ersten Wahl zwei Gruppen abgesetzt, die zusammen 115 Stimmen ausbrachten. Um aber die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern, waren sie diesmal wieder einzigt und es fehlten nur wenige von ihnen. Trotzdem können wir mit dem Wahlergebnis zufrieden sein und hoffen, das nächste Mal einen Arbeitervorsteher sicher durchzubringen.

### Zur Aussperrung der Maßschneider

sind uns geschrieben: Die Zahl der Ausgesperrten nimmt ständig ab. Sechs Firmen haben die Aussperrung zurückgenommen. Es bleibt jetzt noch 42 Firmen

aus dem Wagen geschleudert. Der Chauffeur blieb unverletzt, während der Arzt so schwere Verletzungen erlitt, daß sein Tod ständig erwartet wird.

Die Juwelen der Mutter Gottes von Egenlochau. Der Klosterdienst Jalog, der Wissenswerte des Monches Maczoch, der nach dem Mord gestürzt war, hat an die Betriebsräte Gerichtshöhe einen Brief gerichtet, der "Chicago, 1. März" datiert ist. Darin teilt Jalog mit, er lebt habe die Kleinodien des Muttergottesbildes gestohlen und nach Krakau mitgenommen. Er habe keine Mischuldigen; die Behörden sollten weder Damas Maczoch noch einen anderen der Tat beschuldigen. Jalog schreibt, er verlässt jetzt Chicago, und alle Nachsuchungen würden fruchlos bleiben.

Der eigene Tochter ermordet. Ein vor einiger Zeit an einer 50-jährigen Rentiere begangener Raubmord, der zunächst völlig dunkel geblieben war, ist jetzt aufgedeckt worden, daß als Täter die 19-jährige Tochter des Ermordeten, die nicht ganzzurechnungsfähig zu sein schien, verhaftet wurde. Mehrere 1000 Mark waren judem der ermordeten Rentiere geraubt worden, welche Summe die Tochter vorsätzlich versteckt hielt.

Ein "schärfsterter" Bräutigam. Der Schmiedemeister Herrmann in Böhmen war des langen Alleinlebens müde und hatte sich in der Tochter des Altehrgeistes fühlbar die Gejährtin für seinen Lebensweg ersehen. Das Paar wurde dann auch in kurzer Zeit einig, jedoch der Tag für die standesamtliche Trauung festgesetzt werden konnte. Am Abend vorher gab es natürlich die übliche Polterabendfeier, wobei es recht lustig ging. Der Bräutigam war so voll von seinem Glück, daß er sich in seiner großen Freude einen mächtigen Rausch antrank, der Körpermutter in ihm erwachte. In diesem Zustande fiel er über seine Gäste und seine Braut her und verprügelte sie heftig, daß die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen werden mußte, die den Kampfeslustigen zur Sicherheit ins Spital nachsperrte. Am nächsten Tage wurde er auf seinen Rücken wieder entlassen, da er nach seiner Angabe zum Beitrag der standesamtlichen Trauung dringend nötig sei. Diese kam aber nicht zustande, denn die Braut hatte inzwischen auf ihren alten schläfrigen Bräutigam verzichtet und in Gemeinschaft mit den verprügelten Gästen ohne den Bräutigam das Hochzeitsmahl verzehrt. Es heißt jedoch, daß die von Bergmann angeführten Verjährungsverjuden Ansicht auf Erfolg seien.

wichtig, wo organisierte Kollegen ausgesperrt sind; 74 Mitglieder zählte der Arbeitgeberverband bei Beginn der Aussperrung.

Die unorganisierten Schneider sind wohl durchaus wieder eingestellt und ein großer Teil der ausgesperrten Organisierten ist anderweitig untergebracht oder arbeitet für eigene Kundschaft, sodass von 200 ursprünglich in den Streitlisten eingetragenen Kollegen noch keine 120 unterstützt werden brauchen. Und damit wollte man in höchstens 14 Tagen die Stasi des Verbandes leer machen. In demselben Verhältnis haben sich auch beim christlichen Verband und im Gewerbeverein (G.D.) die Zahlen verringert. Die Haltung und Stimmung der Kollegen ist vorzüglich. Am Mittwoch unternahmen sie bei dem herrlichen Frühjahrswetter einen Familienausflug nach Pilznius, Włoszyn und Oświecim. So wohl ist uns lange nicht geworden, daß wir 14 Tage vor Ostern spazieren gehen können, hört man verschiedentlich äußern. Wenn es den Arbeitgebern Spaß macht, gehen wir bis Wisznin spazieren, für die Gesundheit der Schneider kann das nur von Vorteil sein. Die Stimmung steigerte sich noch, als jedem Mitgliede 1 Mark Gehrgeld aus der Solidarität ausgezahlt wurde. Auch die Frauen und Kinder strahlten vor Freude und machten sich nach Herzogenaurach vergnügt. Wannheim Arbeitgeber, der die Gehilfen feiern läßt, dürfte nicht so wohl zu Blute sein. Die Kundschaft drängt und geht schließlich zur Konkurrenz, die ja mehr als genug vorhanden ist. Das die Arbeitgeber die Zahl der Ausgesperrten bedeutend höher angeben, ist erstaunlich. Wir zählen die Kollegen nur einmal; im Lager des Abay werden sie zwei, drei und noch mehrere Male erzählt, weil die Heimarbeiter meistens für mehrere Geschäfte arbeiten.

Da wir in der bürgerlichen Presse erfahrungsgemäß das Wort nicht erhalten, bringen wir noch einige Erwiderungen auf die Veröffentlichungen der Arbeitgeber. Gerade in diesem Jahre litten die Arbeitgeber nicht in der Lage gewesen sein, nennenswerte Abstimmungen zu machen. Wir stellen fest, daß um nur die größten in Tarifbewegung stehenden Städte herauszugreifen, in Berlin 1907, in Hamburg 1908 und in München 1909 und auch damals nur teilweise die leichten Tarifaufstellungen litten. Alle geldbringenden Tarife haben fast durchgängig vier bis fünf Jahre bestanden und konnten bei den verlebten Lebensverhältnissen wohl angenommen werden. Die Arbeitgeber konnten sehr wohl befriedigende Abstimmungen machen. Wenn man in diesem Jahre wiederum vorschaut, im Interesse der Kundschaft nicht mehr benötigt zu sein, so empfehlen wir den Arbeitgebern bei Einstellung nur Tarifverträgen nicht immer die zu niedrige zu schreiben. Eine bis höchstens 3 in 1 Mark macht den Arbeitnehmer auf den Arbeitstitel aus und um 10 bis 15 Mark erhöht man die Verkaufspreise. Das führt hiergegen die Kundschaft freudig, finden wir bestmöglich. Ganz einstellig klingt aber die Behauptung, die Maßschneider-Tarife seien im Vergleich zu anderen Tarifen die höchsten. Wie kann man denn Maßschneider-Tarife verschiedener Berufe miteinander vergleichen? Das kann doch nur an der Hand der festgesetzten Leistung lohne geschehen. Und hier soll die breite Öffentlichkeit einmal selbst urteilen, ob die Behauptung der Arbeitgeber, elende seien, nicht noch mehr als eintätig ist. Die Stundenlöhne betragen in Breslau in Tarifklasse IV und III 88 Pf., in Klasse II 49 Pf., in Klasse I 45 Pf. und in Klasse Ia 50 Pf. Diese Löhne gelten aber nur für polizeiliche Arbeitkräfte; für Reparaturschneider und schwache Gehilfen wird entsprechend weniger gezahlt. Nun mögen uns bitte einmal die Arbeitgeber die niedrigeren Löhne anderer gelernter Berufe nennen. Wir sind hierauf wirklich neugierig.

### Glaube und Heimat.

Zu der Volksvorstellung am nächsten Sonntag, den 24. März, sind noch Plätze für alle Plätze (10 Pf. bis 70 Pf.) zu haben.

\* Ein neues Gebiet für Gesinnungsschüsse. Nehmlich wie die Kriegervereine sollen auch jetzt die bürgerlichen Turnvereine auf ihre politische Konsolidierung geprüft werden. Auf dem Niederschlagsberg-Caritas der deutschen Turnerschaft machte ein Vertreter Mitteilung davon, daß der Amtsvertreter seines Kreises die Gewährung eines Zuschusses aus dem staatlichen Fonds für Jugendpflege davon abhängig gemacht hat, daß der Turnverein sämtliche Mitglieder ausschließt, die einer Gewerkschaft angehören. — Offenkundlich wird auf diese Weise den zahlreichen Gewerkschaftlern, die leider noch den bürgerlichen Turnvereinen angehören, zum Bewußtsein gebracht, wohin sie gehören: in die Arbeiter-Turnvereine.

\* Beiträge an die Handwerkskammer des Regierungsbezirks Breslau für 1912 sind von der Volksversammlung am 25. November 1911 auf 18 Prozent der Gewerbesteuern festgesetzt worden; dabei sind die gewerbevertratene Handwerksbetriebe mit einem fixierten Betrag von 3 M. eingestellt. Der Regierungsvorsteher hat jetzt den Beifluss der Handwerkskammer zugestimmt.

\* Abzug! Taxiziger! Die Kollegen der Firma Hausswald, Salzstraße 35 stehen im Streit. Näheres im Nachweiskloster "Stadt Wien".

\* Der Schlesische Aero-Club ist bereit, denjenigen Fliegern für den Flugtag Berlin-Breslau-Wien, die über 50 Minuten, einen Passagierflug auf seinem Apparate gratis zu gewähren.

\* Rüstung vor Totenschlag! Die neue Reichsversicherungsordnung enthält eine Bestimmung, die gerade für die erwerbstätigen Frauen besonders wichtig ist. Das Wiederansiedeln der Anteilskraft auf eine Reihe von Berufen, die eine Zeilung Marken zu lieben nicht verpflichtet waren und sich freiwillig nicht weiter versichert hatten, wird nach den neuen Bestimmungen bei Personen über vierzig Jahren wesentlich erleichtert. Dies ist für Frauen von großer Bedeutung, weil es bei ihnen viel häufiger als bei Männern vorkommt, daß sie, seit es durch Heirat oder aus anderen Gründen, ihren Beruf aufgeben, später aber ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Da bis zum 31. Dezember 1912 die Bestimmungen des bisherigen Reichs-Heitungs-Berichts haben, kann bis zu diesem Zeitpunkt noch mit der Errichtung von Beiträgen begonnen werden. Höhere Auskunft über alle diese für die berufstätigen Frauen darüber wichtigen Fragen ertheilt die Rechtsberatungsstelle für Frauen, Basteigasse 6a II, Sprechstunden täglich, außer Sonnabend von 4½-7 Uhr nachmittags.

\* Sachelloberkleidung über Delfarbenanzug für Nahrung- und Genussmittelhäuser. Die für Breslau erlassene Polizeiverordnung vom 25. Januar 1911 schreibt vor, daß Decken und Wände in Verkaufsstellen für Nahrung- und Genussmittel, sofern sie freibleiben (nicht durch Schränke usw. verdeckt sind) entweder eine saubere Sachelloberkleidung haben oder mit einem grünen Delfarbenanzug versehen sein müssen. Die Gültigkeit der Verordnung wurde von Frau Alois, die sie überreichte, bestätigt. Das Kammergericht verwarf aber ihre, gegen die Gültigkeit der Verordnung eingelegte Revision mit folgender Begründung. Die Verordnung bestreite die Sauberkeit in Nahrung- und Genussmittelhäusern, um einer Gesetze für Leben und Gesundheit des Publikums zu begegnen. Sie sei deshalb rechtsgültig. Im Hinblick auf § 60 und § 61 des Polizeiverwaltungsgesetzes liege ihre Ansicht, daß die Gültigkeit habe der Richter nicht zu entscheiden. Mit Recht sei eingelagert.

\* Neue Schallabdeckplatze. Der Polizeipräsident macht bekannt, daß vom Magistrat nachgeholte Plätze als öffentliche Schallabdeckplätze zur Verfügung gestellt und durch aufgestellte Tafeln als solche gekennzeichnet werden. Ein Beispiel ist

Brockauer Wege in Groß-Eichstädt, das Verkehrslehr-Gebäude an der Eichstädterstraße gegenüber der chemischen Fabrik "Silesia", das freundliche Bleigleisgrundstück in Rosental, das Wasserloch an der Bambergerischen Metallfabrik in Rosenthal, das Görlitzsche Grundstück an der Gustav-Adolfstraße 10, die Ketteler-, Fuhrwerksbäcker und andere Beteiligte werden aufgefordert, nur diese Plätze, nicht aber auch das Straßenland davor zum Abladen von Schutt zu benützen.

\* Warnung vor einem Schwindler. Von einem Bekannten wird uns geschrieben: Dienstag vormittag erhielt der Wohnungsinhaber eines Beitragsklassiers des Sozialdemokratischen Vereins auf der Rabenbachstraße ein junger Mann, bekleidet in einem schwarzen Liebescher und schwarzen Hut; er hatte einen kleinen schwarzen Schnurrbart. In der Wohnung des Genossen war mir die Frau anwesend, die der junge Mann mit folgenden Worten antwortete: Im Namen des Distriktsführers ersuche ich um 80 Mark für einen Anteil zum Gewerbeaufwand, da der Distriktsführer Meiner nicht soviel Geld hat. Die Genossin wies den Mann ab; er soll nur den Distriktsführern mitbringen. Darauf verlangte er die Kontrollkarten und bemerkte, er werde das Geld selbst einholen. Dann erklärte der Unbekannte, er sei vom Sekretariat geschickt. Es ist ihm nicht gelungen, das gewünschte Geld oder die Karten zu erlangen. Die Frau bedeckte ihm vielmehr, er möge abends um 7 Uhr wiederkommen, zu welcher Zeit der Mann selbst anwesend sei. Doch der junge Mann ließ vergeblich auf sich warten, er kam nicht. Es handelt sich offenbar um einen Schwindler, vor dem wir hiermit warnen.

\* Die vierzehnjährige Tütselfalterin. Sonderbare Rätselchen in dem Betrieb der Zuckerwarenfabrik von Klingenberg. Sie unterhält in den verschiedenen Stadtteilen Verkaufsstellen. Im Frühjahr 1911 trat ein vierzehnjähriges Mädchen in das Handgeschäft ein. Trocken sie Lebkuchen auf ein Jahr bemessen wurde, kam das Mädchen schon nach einigen Monaten als Tütselfalterin in das Handgeschäft Großscheuerstraße. Bei der Übernahme wurden dem Lehrling Mädchen für etwa 2000 M. Waren übergeben, was durch seine Unterschrift anerkannt wurde. Am Dienstag, den 1. August, an den Sonnabenden bis 9 Uhr bis abends 8 Uhr, an den Sonntagen bis 9 Uhr, ohne Mittagspause, dauerte, zahlte das Mädchen fünfzig Mark monatlich. Am Dienstag stand das junge Mädchen vor dem Jugendgericht wegen Unterklauung und Klürene. Die Anklage legte ihr vor, daß sie 400 Mark während der Monate Juli bis Oktober 1911 veruntreut zu haben. Die Angeklagte beteuerte, unter heissen Tränen, sie habe wohl manchmal kleinere Beträge aus der Kasse genommen, weil sie zu Hause nicht genug zu essen bekam, aber bei weitem nicht so viel, wie die Anklage behauptet. Derselbe Worte fand der Rechtsbeistand der Klägerin gegen das Verhalten der Fabrik, die ein vierzehnjähriges Kind mit der Leitung eines Verkaufsgeschäfts beauftragte. Das Gericht berücksichtigte das und war auch der Ansicht, daß der veruntreute Betrag bei weitem nicht so hoch, wie angegeben, sein konnte. Die Angeklagte wurde zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte einen Monat beantragt.

\* Das Beugnis über die Ehrlichkeit. "Auf Ihren Wunsch becheinigen wir Ihnen, daß Sie ehrlich sind." So lautete das Beugnis, das eine hiesige Firma einem Handelschiff ausstellt. Es ist erstaunlich, daß der junge Mann auf ein solches Beugnis nirgends eine Stellung einnehmen konnte. Er wußte aber, daß Kaufmannsaericht verlangt den Nachweis, daß er sich um eine Stellung bewerben und wegen dem Beugnis nirgends angenommen wurde. Er sandte das Beugnis an zwei Firmen, bei denen eine Stelle frei war, erhielt aber die Beugnisse ohne jede weitere Bemerkung zurück. Inzwischen hatten es sich seine früheren Arbeitgeber überlegt und stellten ein anderes Beugnis aus. Der Gehilfe forderte nun eine Gehaltserhöhung von 100 Mark. Die Verkäufer konnten nicht den runden Betrag aufweisen, der nur den Schein einer Berechtigung hätte, an der Ehrlichkeit des Klägers zu zweifeln. Auf Anraten des Verteidigers verglichen sich die Parteien. Als er erhält als Abfindung 50 Mark.

\* Das Austausch eingeschorener Wasserrohre mit der Stichlampe ist wegen der damit verbundenen Gefahr gefordert. Eine sehr bedeutsame Sache, wie der nachstehende Vorfall zeigt, der das hiesige Schöffengericht bestätigte. Am 14. Januar 1912, einem sehr kalten Tage, waren in einem Hausgrundstück auf der Nikolaistraße die Wasserleitungsböschung eingeknickt. Der Monteur August Michel erhielt den Auftrag, die Rohre aufzutauen. Dabei bediente er sich einer Spitzeus-Völklampe. Zunächst befreite Michel das nach dem Stoß zu in der Hauswand eingelassene Rohr von scharfer Verpulung und ließ dann die Lampe um das Rohr schleifen. Dabei mußte ein Teil der roten Rohrverpulung ins Glühen geraten sein, denn gegen Mittag mußte die Feuerwehr herbeigerufen werden, die einen Balkenbrand zwischen dem Vorstiege und dem ersten Stock feststellte. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwohl das Feuer keine größere Ausdehnung genommen hatte, entstand doch ein Schaden von 200 Mark. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich jetzt der Monteur vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Gutachten eines Oberfeuerwehrmannes, der zur Löschmannschaft gehörte, stand der Brand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Austausch des Rohrs. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Rohre mit dem Vorstiege und dem ersten Stock festgestellt. Obwo

## Heute Freitag abend

wissenschaftlicher Vortragskursus des Genossen Richard Woldi! Unterthema: „Der Bergbau“. Beginn 8 1/4 Uhr.

**Achtung, Bauanschläger!** Die für Dienstag, den 26. März, angelegte Branchen-Versammlung zur weiteren Beurteilung des Tariffs und Verchlussfassung über ihn, kann Unstände halber erst Mittwoch, den 27. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Billardzimmer) abgehalten werden. Wir bitten, das in Kreise der Kollegen noch Möglichkeit bekannt zu geben. Jeder organisierte Bauanschläger hat unbedingt zur Stelle zu sein. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

**Als vierten Volksunterhaltungsabend veranstaltet die Sängervereinigung „Namenlos“ am Sonntag nachmittag im Gewerkschaftshause einen „heiteren Abend“, an dem außer dem genannten Verein unter dem bewährten Dirigenten Herrn Haase die Herren Max Scholz (Rezitation), Jeroske (Tenor) und Frau Gräfe (Sopran) mitwirken. Das gut ausgewählte Programm verprüft einen genügsamen Nachmittag.**

**Plötzlich von Herzschlag** befallen wurde am Mittwochabend an der Ecke Schuhbrücke und Kettwilerstraße eine ältere Frau, die hinsaufen konnte an den dort wachhabenden Schuhmann herangetreten war, weil der Bäckermeister, der Frau ihr die Wohnung verschlossen habe, sodass sie obdachlos sei. Als der Schuhmann ihr erklärte, dass er da nicht helfen könne, schrie die Frau plötzlich laut auf und sank zu Boden. Der Schuhmann und ein anderer dazukommender Beamter zogen die in Krämpfe zuckende Frau aus dem Bürgersteig und leisteten ihr Beistand. Eine große Menschenmenge sammelte sich um die bedauernswerte Person, die alsbald nach dem Krankenhaus überführt wurde.

**Von einem Radfahrer überfahren** wurde auf der Webskystraße eine Zeitungsträgerin. Sie rief einen Bruch des linken Unterarmes und rief den Arzt hin, der ebenfalls fuhrte, um Verletzungen davon.

**Der alte Seehund**. Am Donnerstag abend kurz nach 9 1/2 Uhr sprang der 81 Jahre alte ledige Böttcher Roberti Pfeiffer auf der Friedrich-Wilhelmstraße, Ecke Leinenstraße, von einem noch in Fahrt befindlichen Straßenbahnhin zug ab, kam zu Fall und blieb, aus einer schweren Stirnverletzung blutend bestimmt liegen. Es wurden sofort Sanitäter der Feuerwehr herbeigerufen, die dem Verunglückten einen Motorverband anlegten, wo auf er mittels Krankenwagens der Feuerwehr in das Altherheiligenhospital geschafft wurde.

**Zahlreiche Diebstähle**, die in vier hiesigen Geschäften für Hosen- und Sachengrößen, nämlich auf der Adalbertstraße, Friedrich-Wilhelmstraße, Taubenstraße und Herdstraße, durch zwei Veräußerinnen, die ihre Stellungen gewechselt haben, ausgeführt worden sind, kamen durch ein unterschifftes Schreiben an eine der Firmen zur Aufdeckung. Die Kriminalpolizei ermittelte das Weiterer und bei angestellten Haussuchungen fand man gestohlene Gegenstände im Wert von etwa 500 Mark. Ein großer Möbelwagen wurde besetzt, der die Sachen ins Polizeipräsidium schaffte. Die eine der beiden Veräußerinnen wohnt bei ihren Eltern, die aber von der Untreue ihrer Tochter nichts gewusst haben; auch bei der Haussuchung wurde bei ihnen nichts gefunden. Da ist es eine fremde Frau gewesen, die die Veräußerin bei Einsätzen verschiedener Sachen zur Aufbewahrung mitnahm. Bei dieser Frau wurde eine große Menge von gestohlenen Gegenständen gefunden. Die andere Untreue Veräußerin ist Witwe und steht vor der zweiten Verhetzung. Auch bei ihr stand man bei der Haussuchung die gestohlenen Sachen vor, die nicht nur aus dem Geschäft stammten, in denen sie gegenwärtig in Stellung ist. Das führt zu der Feststellung, dass Diebstähle auch bei Frauen ausgeführt worden sind, bei denen die Veräußerinnen früher in Tätigkeit gewesen waren, die also schon um Jahre zurückliegen.

\* Eine **kranklassen-Quittung** ist Donnerstag abend im Lot 1 von Fischer, Michaelisstraße 26, gefunden worden und kann in der Redaktion der „Volkswacht“ abgeholt werden.

\* Gefunden wurden eine Peruanerboa, ein goldner Trauring, eine silberne Halskette mit Herz, mehrere Schlüssel, eine Brosche mit Inhalt, ein Palet, enthaltend einen Diamantring und einen Selbstbinder, eine silberne Herrenuhr, eine schwarze Sammettasche mit Inhalt, ein Doubletturzring und 200 Mark barres Geld. Zu erkennen im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

## Neueste Nachrichten.

### Kaiser und Kaiser.

Berlin, 22. März. Der „Tägl. Rundschau“ teilt von angeblich zuverlässiger Seite im Hinblick auf die Krisengerüchte der letzten Tage mitgeteilt, dass bald nach den Reichstagssitzungen der Kanzler mit Rücksicht auf das Ergebnis der Wahlen dem Kaiser seine Entlassung angeboten, der Kaiser das Entlassungsgesuch aber abgelehnt hat.

### Für die Erbschaftssteuer.

Stuttgart, 22. März. Wie verlautet, sind bei der Berliner Ministerkonferenz außer Sachsen auch die Vertreter Badens und Württembergs nachdrücklich für die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer eingetreten.

### Zum Besuch des deutschen Kaisers

#### beim französischen Botschafter.

Paris, 22. März. Der Berliner Korrespondent des „Erfurter“ berichtet seinem Blatte, er könne aus diplomatischer Quelle versichern, dass der Besuch des deutschen Kaisers beim französischen Botschafter in Berlin, Herrn Jules Cambon, eine politische Tageszeit von größter Bedeutung besitze, als allgemein angenommen wurde und trotz aller Dementis. Der wahre Zweck des Besuches des deutschen Kaisers aus dem französischen Reich sei der gewesen, eine Art Versöhnung zwischen Paris und Berlin herbeizuführen, für den Fall, wenn die Balkanfrage in ein ernsteres Stadium treten sollte. Die Franzosen haben ein ganz spezielles Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan. Russland und Österreich-Ungarn scheinen dieselben Absichten bezüglich dieser Frage zu haben. Andererseits haben die Banden zwischen Italien und Russland in der letzten Zeit eine weitere Befestigung erfahren. Man versichert sogar, dass Russland eigentlich mit Italien zu verständigen, um einen gemeinschaftlichen Angriff gegen die Türkei vorzunehmen, und zwar wird weiter versichert, dass dieser Schritt bereits vereinbart worden sei und zwar durch einen Geheimvertrag. Wenn dieser Plan nicht zur Ausführung gelangt, so wird auf dem Balkan eine Revolution bald ausbrechen. Auch Österreich-Ungarn und England werden in diesem Falle interessieren, und der Augenblick wäre dann für Frankreich und Deutschland gekommen, ernste Entschlüsse zu fassen und Vorkehrungen zu treffen. Für Deutschland, als den Verbündeten Österreichs und Italiens, und als den Freund der Türkei wäre die Lage dann eine ganz besondere Schwierigkeit. Das einzige Mittel für Deutschland wäre, sich mit dem Verbündeten Russlands, nämlich mit Frankreich, zu verständigen.

### Ein Landtagsabgeordneter wegen „Streikpostenstehens“ verhaftet.

Dresden, 21. März. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Bünker ist in Plauen wegen „Streikpostenstein“ verhaftet worden. Diese polizeiliche Leistung ist um so weniger zu verstehen, als Bünker weder Streikposten

stand, noch das Streikpostenstehen gesetzlich überhaupt verboten ist. Über bei der Polizei in Plauen ist es auf Grund der städtischen Verkehrsordnung „verboten“. Es ist bisher aber in Plauen, wo die Weber streiken, zu seiner Störung des Verkehrs gekommen. Da die streikenden Arbeiter sich über das Vorzeichen der Polizei beschwert, begab sich Winkler an Ort und Stelle, um als Abgeordneter die Sache zu untersuchen. Es wurde auf der Straße verhaftet und nach der Wache geführt, aber, nachdem er sich ausgedient hatte, wieder entlassen.

### In zweiter Lesung angenommen.

London, 22. März. Im englischen Unterhause wurde gestern nachmittag das Mindestlohnsgesetz für die englischen Bergarbeiter mit 318 gegen 225 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

London, 22. März. Die gestrigen Unterhausdebatten über das Mindestlohn-Gesetz erregten in und außer dem Hause allgemein das gesamtmenschliche Interesse. In den Kammer selbst waren von Anfang an sämtliche Plätze sowohl der Abgeordneten als auch der Zuschauerplätze fast das Publikum zum ersten voll besetzt, das ganze Haus bis auf den letzten Winkel gefüllt. Die Minister sowohl wie die Führer der Opposition waren in voller Zahl vertreten. Falstaff erhielt beim Betreten des Hauses eine stürmische Ovation von den Unionisten, auf die die Ministerseiten allerdings mit Gegenrufen antworteten. In den Galerien des Parlaments bestreitet man seltsamerweise, dass die Lage für das Kabinett äußerst trübselig ist, doch sieht die Ansicht vor, dass die Arbeitervarietei ein Kompromiss mit der Regierung ein ehen und ihr doch schließlich zu einer Majorität verhelfen werde, da sie ein zu lebhaftes Interesse an dem Fortbestehen des liberalen Regimes habe.

### Zum Streit in Sachsen.

Blitzen, 22. März. Drei stark belebte Versammlungen streikender Bergarbeiter beschlossen, die Vermittelung der Bergämter zu Freitag anzutreten. Die Hauptforderungen sollen aufrecht erhalten werden.

### Vom böhmischen Bergarbeiterstreit.

Brüx, 22. März. Im Berg-Brücker Revier streiken zurzeit ungefähr 1500 Bergarbeiter. Die Bergleitungen schenken Verhandlungen mit den Streikenden ab, weil diese angeblich unter anarchistischer Führung stehen. Nebenbei sind Streikposten aufgestellt worden, die die Arbeitswilligen von der Einsicht abzuhalten versuchen. Auch kann es vielleicht zu Zusammensetzungen zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen, deren Zahl jedoch von Tag zu Tag immer mehr abnimmt, so dass an verschiedenen Orten bereits die Gendarmerie einschreiten müsste, um die letzteren zu schützen.

### Italien und die Türkei.

Paris, 22. März. Die gestrigen Abendblätter veröffentlichten eine Teileiche über schwere Verluste zweier italienischer Regimenter in einem blutigen Treffen mit den Arabern am 13. März in der Nähe von Bengasi einen Stimmungsbericht aus Tripolitanien mit einer durchweg ausschlagigen Gegenitalien gerichteten Tendenz. Darauf soll der Geist unter den italienischen Truppen außerordentlich leiden infolge der wochenlangen Unzufriedenheit. Die gejagte Disziplin soll sehr viel zu wünschen übrig lassen;namenlich die Vertheidiger der Festungen seien so mißverstanden, dass man schon mit gründlichen Garnisonwechseln rechnet. Wahnsinnsfälle und Selbstmorde kommen häufig und in letzter Zeit sogar täglich vor. Auch hatte man schon verschiedene Vorwürfe der Gendarmerie zu verzeichnen. In der Stadt Tripolis ist eben klagen die italienischen Kaufleute, dass sie unter der Konkurrenz der Händler aus Tunis und Malta schwer zu leiden haben.

Berlin, 22. März. Die Zentrumspartei des Deutschen Reichstages hielt eine Fraktionssitzung ab, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Spahn an Stelle des zum bayrischen Ministerpräsidenten freigewordenen Freiherrn einstimmig zum Vorsitzenden gewählt wurde.

### 21. Quittung.

Für den Reichstagdwahlkreis Breslau-Stadt eingehen ein:

Pereits quittiert . . . . .	12.419,92 M.
Liste 506 Gemeindebeamter . . . . .	2,95 "
" 507 " . . . . .	0,70 "
" 508 " . . . . .	8,10 "
" 509 " . . . . .	0,20 "
" 510 " . . . . .	1,60 "
" 511 " . . . . .	2,10 "
" 514 " . . . . .	1,35 "
" 515 " . . . . .	4,75 "
" 299 Distrikt 16 durch Erich Schmidt . . . . .	5,86 "
" 466 " 16 " . . . . .	5,23 "
" 178 " 14 " . . . . .	2,50 "
" 81 " 6 " . . . . .	2,60 "
" 242 " 18 " . . . . .	1,- "
Verlorene Liste 211 Distrikt 16 durch Labiske . . . . .	2,60 "
Liste 113 Distrikt 8a durch Schmidt . . . . .	2,- "
" 167 " 18 " . . . . .	6,10 "
" 440 " 8 " . . . . .	2,35 "
" 572 " 3 " Otto Nikolaus . . . . .	3,90 "
" 46 " 3a " . . . . .	4,65 "
" 993 " 8 " Ruppert . . . . .	1,60 "
" 499 " 10 " Kruppa . . . . .	3,55 "
" 619 durch Hoffmann . . . . .	1,- "
" 24 Distrikt 2 durch Liel . . . . .	2,20 "
" 15 " 19 " Böschner . . . . .	8,60 "
" 674 " 19 " Lessa . . . . .	1,- "
" 623 " 3 " König . . . . .	1,- "
" 206 " 16 " Gressert . . . . .	4,- "
" 256 " 16 " Paul Schmidt . . . . .	7,75 "
" 407 " 16 " G. Ulrich . . . . .	2,84 "
M. F. und S. Ehrlich . . . . .	1,40 "
Erlösungstreuer Staatskassier . . . . .	3,88 "
Von der Brunnenstraße durch Luft . . . . .	1,- "
Liste 231 Distrikt 17a durch West . . . . .	1,20 "
" 149 " 11 " Seidel . . . . .	1,- "
" 408 " 16a " Kupfa . . . . .	2,80 "
" 121 " 9 " Lechmann . . . . .	8,70 "
" 42 " 3 " G. He . . . . .	1,85 "
" 154 " 11 " Meiss . . . . .	6,80 "
" 436 " 19 " Philipp . . . . .	1,55 "
" 101 " 8 " Kendzia . . . . .	10,85 "
" 101 " 8 " Gust. Neugebauer . . . . .	7,65 "
" 573 " 19 " Dösel . . . . .	1,- "
" 112 " 8a " Schramm . . . . .	1,35 "
Durch M. . . . .	0,60 "
Liste 624 durch Hallmann . . . . .	0,40 "
100 Wahlkonsorten à 10 Pf. Sekretariat . . . . .	10,- "
Liste 856 Distrikt 6 durch Mössner . . . . .	8,75 "
" 857 " 6 " Bünke . . . . .	3,20 "
Durch M. . . . .	0,50 "
Liste 169 Distrikt 18 durch Scholz . . . . .	2,70 "
J. K. Sch. . . . .	0,50 "
12 Marken à 10 Pf. Ehe . . . . .	1,20 "
Schäfky . . . . .	184,45 "

Zusammen 12.765,69 M.

Die Sammlung für den Reichstagdwahlkreis ist hiermit geschlossen. Gelder für unseren ständigen Wahlkonsorten werden aber jederzeit im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 5, II., entgegengenommen.

Telefon 5652. Rob. Hermann, Kassierer.

## Wetternachrichten der Universität-Eternwarte.

Nach Breit. Crestrett d. M.C.B. + 8 Uhr	20. März		21. März		22. März	
	Um 12 Uhr	Ab 12 Uhr	Um 1 Uhr	Ab 1 Uhr	Um 12 Uhr	Ab 12 Uhr
Lufttemperatur (C) . . . . .	+12,8	+2,6	+2,2	+7,0	+3,2	+4,0
Luftdruck (mm) . . . . .	749,8	742,1	740,1	741,2	741,3	741,3
Dunkelheit (min) . . . . .	4,8	5,8	6,8	5,8	5,8	5,8
Dunkelheit (%) . . . . .	89	89	100	79	78	78
Wind (0-12) . . . . .	5	2	2	5	5	5
Wetter . . . . .	Wetter besonders besonders	besonders besonders	besonders besonders	besonders besonders	besonders besonders	besonders besonders

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 3,80. — Gestern vormittag Regen und Schnee.

\* Zur Reduktion auf Meeresspiegel sind 13,1 mm hinzuzufügen.

### Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand in cm	22. März		23. März		24. März	
Um 12 Uhr	Ab 12 Uhr	Um 1 Uhr	Ab 1 Uhr	Um 12 Uhr	Ab 12 Uhr	

<tbl\_r cells="4" ix="1" maxcspan="2" maxrspan="2" usedcols

## **Stadt-Theater.**

Freitag 7½ Uhr: 3657  
 „Der Waffenschmied“.  
 Sonnabend, 7½ Uhr:  
 „Der Hofstaubalz“.  
 Sonntag, nach 8½ Uhr:  
 „Zar und Zimmermann“.  
 Abends 7½ Uhr:  
 „Die Hochzeit des Figaro“.

## **Lobe-Theater.**

Freitag, 7½ Uhr: 3663  
 „Die fünf Frankfurter“.  
 Sonnabend, 7½ Uhr:  
 Zum 1. Mal:  
 „Die Beste der Frauen“.  
 Sonntag, nach 8½ Uhr:  
 „Die Stufen der Gesellschaft“.  
 Abends 7½ Uhr:  
 Zum 2. Mal:  
 „Die Beste der Frauen“.

## **Thalia-Theater**

Freitag, Humboldt-Verein, 3669  
 Wohl-Besitzung:  
 „Die Schule der Welt“.  
 Sonntag, 7½ Uhr:  
 „Ulrich Acosta“.  
 Bühnenlauf Freitag und Sonnabend  
 von 10—2 Uhr, im Stadt- und Thalia-  
 Theater.

## **Schauspielhaus.**

Freitag 8 Uhr, zum 90. Male:  
 „Die moderne Eva“.  
 Sonnabend, 8 Uhr: 3672  
 „Alt-Wien“.  
 Sonntag, nach 8½ Uhr:  
 „Der Modelaune“.  
 Abends 8 Uhr:  
 „Die moderne Eva“.

## **Liebich's Etablissement**

Herrn:  
**Henry Bender**  
 und das brillante  
 März-Programm!  
 Aufzug 7½ Uhr. 3643

## **Viktoria-Theater**

**Haskel**  
 der Höhepunkt stürmischen Lacherfolges  
 „Mein Herr Marquis“  
 etc. etc. 3651  
 Mont. 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

## **Zeltgarten**

Der beliebte  
**Willy Haase**  
 Bei vielerlei Wunsch  
 Der Ruh im Scheitniger Park.  
 Das neue Spezialitäten.  
 Eintritt 20 Pf. 3639

## **Palmengarten**

Riesen-Pracht-Dekoration:  
 Orangen-Fest in Messina.  
 Schmuckstücke von Exzam.  
 2 Kapellen  
 Zug für innern Egoismus: Eintritt frei.  
 Bekleidung im prächtigen  
 Original-Kostüm.

## **Fahrräder!**

in denkbar grösster Auswahl  
 zu allerbilligsten Preisen.  
 Spezialität:

## **Viktoria Mars.**

Arbeiter-Strapazier-Räder  
 allerersten Ranges  
 Mehrjährige schriftl. Garantie.  
 Gleichzeitig empfehle ich die  
 in meiner eigenen Werkstatt gebauten

## **Stabil - Fahrräder**

auf Rembahn und Strasse seit  
 Jahren bestens erprobt.

Reparaturen schnellstens u. zu  
 kleinsten Preisen

Gebrauchte Räder von 15 Mtl. ab.

## **Fritz Killmann**

Großtheaterstr. 29

Telephone 4084

Sehrte fröhlich sowie Preiswerte  
 alle Fahrzeuge sind im Lager.

## **Ueber Jatho und Traub zur Kirche hinaus!**

Vortrag von  
**Pred. Tschirn**  
 diesen Sonnabend im Konzorthaus.  
 Karten-Vorvk. b. Barasch, Pringsheim.

## **Pfänder-Auktion!**

25. März, Verklang. bis 28. März.

Schütze, Paulstraße 26. 3142

1 Geleichenbestatter

sucht die alte Kleinen Gemeinde, Breslau.  
 Vereinbarungen sind zu richten an den

Geleichenbestatter 3613

Julius Reitz,  
 Breslau, Kleine Schönhauserstr. 5.

Lehrlinge

für Eisen- u. Werkzeugmäherei

gesucht. Offert. u. w. 478 an

Hausenstein & Vogler A.G.

Breslau. 3620

## **Mass-Anzug, Sommerüberz.**

am erholten verlangt Lux, Leibnitz 21.

Reuterstraße 17, 1. 3601

Neue Anzüge, hochmodern

zu 12 M. an verlangt Lux, Leibnitz

Reuterstraße 17, 1. Gasse, kein Laden. 31912

## **Für Konfirmanden!**

Alben, Seiten, Hosen, Hemde, in Gold u.

Sirol, Billige Schuhe verlangt Leibnitz

Kirchenstraße 17, 1. Gasse, kein Laden. 31912

## **Wilde Kaninchen**

vergleich Scholz, Wallstr. 24. 3621

## **Neu eröffnet!**

Kinderwagen

Sportwagen

kauf man am besten und billigst

M. Ziegler,

Nr. 5, Gneisenaustraße Nr. 5.

Konfirmanden-Schuhe u. -Stiefel

kaufen Sie billigst 2437

Edelh.-Etag Graneist

Liegnitz

Grundstr. 33.

1. Etage,

vertraglich der Niederschlag.

Kein Laden.

## **Bläue Arbeits-Anzüge**

Ende, läßt über gute

u. solide, gutem, wasch-

fest mit dauerhaft.

Qual. I 2,50 P. Säugling

II 3,50 Kind

III 4,50 Kind

IV 5,50 Kind

V 6,50 Kind

VI 7,50 Kind

Decke derartige preis-

decken geg. Ausdrücke.

Welt. Ausdrücke nicht

ausdrücklich, Gruben-

anziehen, Spülung und Schmutz-

Deckenreinigung ebenso

bedeutet.

Gustav Knauerhase

Breslau, Neumarkt 45, pr. u. Et.

Sehr. Dienst immer offen.

Original-Kostüm.

## **Fahrräder!**

in denkbar grösster Auswahl

zu allerbilligsten Preisen.

Spezialität:

## **Viktoria Mars.**

Arbeiter-Strapazier-Räder

allerersten Ranges

Mehrjährige schriftl. Garantie.

Gleichzeitig empfehle ich die

in meiner eigenen Werkstatt

gebauten

Stabil - Fahrräder

auf Rembahn und Strasse seit

Jahren bestens erprobt.

Reparaturen schnellstens u. zu

kleinsten Preisen

Gebrauchte Räder von 15 Mtl. ab.

Fritz Killmann

Großtheaterstr. 29

Telephone 4084

Sehrte fröhlich sowie Preiswerte

alle Fahrzeuge sind im Lager.

## **Gänsegfedern**

(Schmiede, Bauen-Gehle) eingetroffen.

Perlanstelle (Stein Loden) Friedrich-

Wilhelmstr. 45, 1. Trepp. (früher 68)

2150

Wegen Fabrik-Aufgabe (teilweise unter Preis)

Grus statt 80, 60, 90 u. 100. J.

1 P. billiger, präp. ff. Fasergr. statt

40. J. 3. Bublik-Uml. statt 1.10 f. 95.

Dopp. Caron-Uml. statt 1.60 f. 145.

Bezirkdeck, statt 1.55 f. 1.73. Helledeck

statt 3 u. 3.60 f. 2.70 u. 3.30. Einlag-

ertrup, statt 1.50 f. 1.20 u. 1.33.

Jul. Hecht, Friedrich-Wilhelmstr. 9, ph.

3620

1 Geleichenbestatter

sucht die alte Kleinen Gemeinde, Breslau.

Vereinbarungen sind zu richten an den

Geleichenbestatter 3613

Julius Reitz, Breslau, Kleine Schönhauserstr. 5.

Lehrlinge

für Eisen- u. Werkzeugmäherei

gesucht. Offert. u. w. 478 an

Hausenstein & Vogler A.G.

Breslau. 3620

Mass-Anzug, Sommerüberz.

am erholten verlangt Lux, Leibnitz 21.

Reuterstraße 17, 1. 3601

Neue Anzüge, hochmodern

zu 12 M. an verlangt Lux, Leibnitz

Reuterstraße 17, 1. Gasse, kein Laden. 31912

Für Konfirmanden!

Alben, Seiten, Hosen, Hemde, in Gold u.

Sirol, Billige Schuhe verlangt Leibnitz

Kirchenstraße 17, 1. Gasse, kein Laden. 31912

Wilde Kaninchen

vergleich Scholz, Wallstr. 24. 3621

Neu eröffnet!

Kinderwagen

Sportwagen

kauf man am besten und billigst

M. Ziegler,

Nr. 5, Gneisenaustraße Nr. 5.

Konfirmanden-Schuhe u. -Stiefel

kaufen Sie billigst 2437

Edelh.-Etag Graneist

Liegnitz

Grundstr. 33.

1. Etage,

# 2. Beilage zu Nr. 70 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 23. März 1912.

## Deutscher Reichstag.

82. Sitzung. Donnerstag, den 21. März,  
nachmittags 1 Uhr.

Um Bundesrechtlich: Dr. Delbrück.  
Die zweite Beratung des Staats des Reichsamts des Innern  
wird fortgesetzt beim Kapitel

### Patentamt.

Abg. Dr. Böttger (natl.) wünscht einen Schutz des Erfindungsrechts der Angestellten.

Abg. Dr. Gund (nl.) hält eine Revision des gesamten Patentrechts für dringend notwendig.

Director des Reichsamts des Innern v. Jonquieres erklärt, daß die Vorarbeiten dazu im Gange seien.

Dann schließt die Diskussion; das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel

### Reichsversicherungsamt.

#### Abg. Silberschmidt (Soz.):

Im Baugewerbe vollzieht sich seit einer Reihe von Jahren eine Entwicklung dahin, daß an Stelle des Holzes immer mehr die Eisenkonstruktion Eingang findet. Die damit beschäftigten Arbeiter unterstehen der Eisen- und Stahlbetriebsgenossenschaften, deren Unfallverhütungsvorschriften auf die Arbeitsbedingungen in den Werkstätten eingerichtet sind und auf die gefahrlose Ausrichtung der Eisenkonstruktion nicht zutreffen. Wie notwendig hier besondere Vorschriften sind, zeigt z. B. der Gerüsteinsturz beim Bau des Hamburger Bahnhofes, durch den nicht nur die an der Eisenkonstruktion beteiligten Arbeiter gefährdet wurden, sondern alle in der Nähe befindlichen Arbeiter und auch ein Eisenbahngüterzug mit Passagieren. Die Bauarbeitsgenossenschaft hat vor einigen Jahren schon den Entschluß besonderer Unfallverhütungsvorschriften für die mit Eisenkonstruktion beschäftigten Arbeiter angelegt. Im Bericht des Reichsversicherungsamtes von 1909 heißt es: die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Jetzt, nach 3 Jahren, ist man auch noch nicht weitergekommen. Die Reichsregierung möge sich doch endlich beeilen, damit diese Arbeiter zu dem notwendigen Schutz kommen. (Zustimmung bei den Soz.)

Der Umfang der Revisionen ist durchaus ungenügend. Im Jahre 1908 wird berichtet, daß das Reichsversicherungsamt nach langen Verhandlungen mit den Bauarbeitsgenossenschaften es endlich erreicht hat, daß 90 Prozent aller revisionspflichtigen Betriebe einmal im Jahre revidiert werden. Wer die Situation auf den Bauten kennt, wird darüber klar sein, daß das bei weitem nicht ausreicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Ich wende mich dann zur Frage der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe im allgemeinen. Die Hessen-Nassauische Berufsgenossenschaft beachtfügt eine Veränderung dieser Vorschriften, die von den Bauarbeitern als eine erhebliche Erweiterung der Unfallgefahr angesehen werden muß. Es handelt sich um die Vorschriften für die äußerst gefährliche Arbeit des

### Über-die-Hand-Mauerens.

Jeder Laien kann die Gefährlichkeit dieser Arbeit bedachten, wenn er an einem Bau vorübergeht, die immer gefährlicher wird, je häufiger die Produktionsweise wird, und am gefährlichsten ist in den Jahreszeiten, wo das Wetter die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt. Bis 1908 hielt das Reichsversicherungsamt Schuhvorschriften gegen die Gefahren des Über-die-Hand-Mauerens für notwendig. Ja, man dachte sogar an ein Verbot des Über-die-Hand-Mauerens. Inzwischen ist das Reichsversicherungsamt aber zu der Ansicht gelommen, daß die Gefahren nicht so groß sind. Seit 1895 bemühen sich gewerbliche Bauarbeiterorganisationen durch sachgemäße Darstellungen die Unfallgefahr im Baugewerbe der Reichsregierung nahe zu legen und reichsgesetzlichen Schutz zu bekommen. Seit 1902 betätigen sich auch die christlichen Bauarbeiterorganisationen in der gleichen Richtung. Es gab eine Zeit, wo auf dem Gebiete des Bauarbeiterberufes wirkliche Fortschritte erzielt wurden, das war, als Graf Böckelmann noch in der Reichsregierung saß. Dann aber ist eine Stockung und jetzt sogar ein Rückgang im Bauarbeiterberuf eingetreten. Das ist ein Erfolg der Verhüttungen der Unternehmerverbände. In ihren Petitionen wird immer wieder behauptet, daß die Frage des Bauarbeiterberufes eine politische Frage sei, daß diese Frage von den sozialdemokratischen Organisationen zu einer politischen Machfrage gesehen werde. Gegenüber diesem Unsturm der Unternehmerverbände ist das Reichsversicherungsamt anscheinend nicht verständig genug gewesen. (Hört, hört! b. d. Soz.), denn es ist jetzt ein langsames Zurückweichen von den früher von ihm selbst niedergelegten Grundsätzen zu beobachten.

Die Anregung des Reichsversicherungsamtes, die Unfallgefahr durch bildliche Darstellung zu erläutern, ist bisher von den Bauarbeitsgenossenschaften völlig unberücksichtigt geblieben. Das gegenwärtige Zurückweichen im Bauarbeiterberuf muß den Arbeitern das Gefühl machen, daß sie von der Regierung vernachlässigt, gerecht behandelt werden und auf ihren eigenen Schutz angewiesen sind. Wollen Sie, daß auch diese Schicht der Arbeiter sich als gleichberechtigt fühlen soll, dann möchte ich dem Reichsversicherungsamt dringend ans Herz legen, dafür zu sorgen, daß ich solche Klagen, wie gegenwärtig, in Zukunft nicht mehr vorzubringen brauche. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Käfer (Zent.): befürwortet eine Resolution, die die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft für den Detailhandel fordert. Die Lagereibauarbeitsgenossenschaft, in welche die kleinen Handelsgeschäfte jetzt einbezogen sind, ist ursprünglich gar nicht für diesen Zweck gedacht worden; es entstehen daher dauernd Differenzen zwischen diesen Berufsgenossenschaften und den Detailisten, den viel zu hohe Beiträge von der Lagereibauarbeitsgenossenschaft auferlegt werden.

Die gleichen Vorschriften über die Rücklagen der Berufsgenossenschaften sollen 1912 dem Reichstag zur erneuten Beschlussfassung vorgelegt werden. Dazu sind aber umfassende Erhebungen notwendig. Ich bitte die Regierung um Auskunft, wie es damit steht.

Ministerialdirektor Gaspar: Die Sachverständigen-Konferenz, welche die Regierung über den zuletzt erwähnten Punkt zu halten beabsichtigte, konnte bis jetzt noch nicht zusammengetreten.

Der Arbeitsschutz im Baugewerbe ist keineswegs zum Stillstand gekommen, wie der Abg. Silberschmidt meinte, er wird vielmehr in der bisherigen Weise gefördert. Die Zahl der Revisionen ist auf Drängen des Reichsversicherungsamtes dauernd vermehrt worden. Bei dem Über-die-Hand-Mauerens sind nur 188 Unfälle von im ganzen über 43 000 vorgekommen; das Einbauen der Gerüste, die diese Unfälle verhüten sollen, ist ebenfalls nicht ungefährlich; daher ist die Frage nicht so einfach zu beantworten, wie der Abg. Silberschmidt meinte; jedenfalls kann das Über-die-Hand-Mauerens nicht einfach verboten werden.

Abg. von Graefe (cons.): Vorschriften der Berufsgenossenschaften, die sich als unpraktisch erwiesen haben, sollten zurückgezogen werden, zum Beispiel die der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bezüglich der Dreschmaschinen. (Sehr richtig! rechts.) In Bezug auf die Notwendigkeit einer besonderen Detailistenberufsgenossenschaft stimme ich dem Vorredner zu. Wo sind denn die Widerstände gegen die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches?

Abg. Schulenburg (natl.): tritt ebenfalls für eine besondere Detailistenberufsgenossenschaft ein, die auch von einer nationalsozialistischen Resolution verlangt wird.

Abg. Behrens (Wirtsh. Bvg.) schließt sich diesem Wunsche an und verlangt außerdem, die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft für die Gärtner, die jetzt in 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verteilt seien. Redner empfiehlt eine von seiner Partei eingebrachte entsprechende Resolution.

Abg. Dr. Dahlem (Zent.): bringt Beichverordneten der nassauischen Kleinbauern über die harten Bestimmungen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Sprache.

Abg. Koermann (Zent.): Die Arbeiter haben nicht sowohl über zu wenige Revisionen zu klagen, wie der Abg. Silberschmidt meine, sondern darüber, daß die Revisionen den Arbeitgebern vorher bekannt sind. Dann wird natürlich alles in Ordnung gebracht, speziell an den Stellen, wo dann revidiert wird.

Abg. Becker-Urnberg (Zent.): kritisiert die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes und hält gewerbliche Berufskrankheiten, wie den Milzbrand, der Unfallversicherung zu untersetzen.

Ministerialdirektor Gaspar: Der Milzbrand der Büchtmacher wird bereits als Unfall behandelt.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Es macht einen recht merkwürdigen Eindruck, wenn Redner sich hierher stellen und über Missstände beschweren, die es noch vor wenigen Monaten abgelehnt haben, die Bekämpfung dieser Missstände durch Gesetz herbeizuführen. So hatten wir bei der Reichsversicherungsordnung bestanden, daß gewerbliche Krankheiten als Berufsunfälle einschädigt werden, aber

die Herren vom Zentrum haben dagegen gestimmt.

(Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Es ist jetzt bezeichnend, daß die Herren mit ihren alten Ansichten immer dann herauskommen, wenn sie wissen, daß da keine weitere Folge hat, aber in dem Augenblick, wo es sich darum handelt, die Konsequenzen aus ihren Reden bei der Abstimmung zu ziehen, dagegen stimmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) So hat sich Herr Behrens darüber beschwert, daß die Gärtner in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft schlechter gestellt sind als gewerbliche Arbeiter. Sie haben es aber selbst abgelehnt, als wir befragt, daß landwirtschaftliche Arbeiter den gewerblichen gleichgestellt werden; vor allem das Zentrum ist mit aller Entschiedenheit gegen diese Forderung aufgetreten und hat die Schlechterstellung von Millionen landwirtschaftlichen Arbeitern durchgebracht. (Hört, hört! bei den Soz.)

Was das Verlangen nach einer besonderen Berufsgenossenschaft für die Detailisten anbelangt, so will ich zugeben, daß eine ungerechte Verteilung der Lasten innerhalb der Lagerei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft besteht. Das ist aber nicht notwendig damit verbunden, daß die Detailisten mit in dieser Berufsgenossenschaft sind, sondern ist eine innere Angelegenheit dieser Berufsgenossenschaft. Bei Bildung einer besonderen Berufsgenossenschaft für Detailisten würden die Verwaltungskosten für diese sehr hoch werden. In der Schornsteinfeger-Berufsgenossenschaft betrugen z. B. die Verwaltungskosten auf 1900 M. Lohnsumme je 5,20 M., in der Lagerei-Berufsgenossenschaft nur 1,67 M. Man sollte also vielmehr darauf dringen, daß eine gerechte Verteilung innerhalb der Lagerei- und Kellerei-Berufsgenossenschaften stattfindet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Becke (Bvg.) klagt über das burokratische Verfahren bei Rentenverlängerungen, so sei einem Mann, der beide Beine verloren hatte, nach einiger Zeit der Bescheid gegeben, er habe sich an das Fehlen der Gliedmaßen gewöhnt. (Hört, hört! links.)

Abg. Becker-Urnberg (Zent.): Gegen die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung haben wir bei der Reichsversicherungsordnung stimmen müssen, weil von medizinischer Seite betont wurde, daß der Begriff der Gewerberkrankheit gar nicht genau zu fassen ist. Wir brachten dann den abgeschwächten Antrag ein, den Bundesrat zu ermächtigen, bestimmte Gewerberkrankheiten der Unfallversicherung zu unterstellen. Nicht einmal dieser Antrag stand eine Mehrheit. Aber statt nach rechts und links schießen die Sozialdemokraten immer nur hysterisch auf uns, um uns bei unseren Arbeitervätern zu discreditieren. (Bravo! b. Ztr.)

Abg. Hoch (Soz.): Die Darstellung des Abg. Becker ist von A bis Z irreführend, unwahr. (Unruhe im Zentrum.) Eben weil der Begriff der Gewerberkrankheit ihr zu definieren ist, haben wir dies Wort in unserem Antrag verhindert und Entschädigung für diejenigen Schäden verlangt, die der Arbeiter infolge der Arbeit erlitten hat. Der Regierungsvorsteher erklärte, die Regierung lehne gründlich die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Gewerberkrankheiten ab. Wenn das Zentrum, das unseren Antrag niedergestimmt, der Regierung trotz ihrer gründlichen Ablehnung die Ermächtigung zur Einbeziehung von Gewerberkrankheiten in die Unfallversicherung geben will, so ist das nur ein Spiel mit Worten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat sich anfangs bemüht, mit uns und mit den Fortschrittlern die Reichsversicherungsordnung mehr den Wünschen der Arbeiter anzupassen; später hat es sich auf die Seite der Nationalliberalen und Konservativen geschlagen und das, was in der ersten Lektion Gutes gefallen war, wieder befehligt. Deswegen haben wir vor dem Volke gezeigt, wie das Zentrum und seine Arbeiterväter die Interessen der Arbeiter verraten haben. Das Zentrum wird schon die Fröhlichkeit seiner volksverträglichen Tätigkeiten einheimsen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor der Regierung ist es stets umgekehrt, wenn es sich um die Rechte der Arbeiter handelt. Die Regierung unter das Joch gezwungen hat das Zentrum nur, wenn neue Steuern in Frage kamen; wir aber werden allen Einfluß geltend machen im Interesse der Arbeiter. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Abg. Hoch (Soz.): Die Darstellung des Abg. Becker ist von A bis Z irreführend, unwahr. (Unruhe im Zentrum.) Eben weil der Begriff der Gewerberkrankheit ihr zu definieren ist, haben wir dies Wort in unserem Antrag verhindert und Entschädigung für diejenigen Schäden verlangt, die der Arbeiter infolge der Arbeit erlitten hat. Der Regierungsvorsteher erklärte, die Regierung lehne gründlich die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Gewerberkrankheiten ab. Wenn das Zentrum, das unseren Antrag niedergestimmt, der Regierung trotz ihrer gründlichen Ablehnung die Ermächtigung zur Einbeziehung von Gewerberkrankheiten in die Unfallversicherung geben will, so ist das nur ein Spiel mit Worten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat sich anfangs bemüht, mit uns und mit den Fortschrittlern die Reichsversicherungsordnung mehr den Wünschen der Arbeiter anzupassen; später hat es sich auf die Seite der Nationalliberalen und Konservativen geschlagen und das, was in der ersten Lektion Gutes gefallen war, wieder befehligt. Deswegen haben wir vor dem Volke gezeigt, wie das Zentrum und seine Arbeiterväter die Interessen der Arbeiter verraten haben. Das Zentrum wird schon die Fröhlichkeit seiner volksverträglichen Tätigkeiten einheimsen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor der Regierung ist es stets umgekehrt, wenn es sich um die Rechte der Arbeiter handelt. Die Regierung unter das Joch gezwungen hat das Zentrum nur, wenn neue Steuern in Frage kamen; wir aber werden allen Einfluß geltend machen im Interesse der Arbeiter. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Es ist dann bei den Beratungen der Versicherungsordnung von uns die Bedeutung ausgeprochen worden, daß man ausgediente Offiziere in wichtige Stellen bei den Versicherungsämtern unterbringen würde. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat damals sein Wort gegeben, daß auf keiner Seite die Absicht gehabt würde. Unsere Anträge, Lehrerungen gegen die Möglichkeit zu schaffen, hat die Mehrheit der Kommunisten mit Rücksicht auf dieses Versprechen abgelehnt. Kaum ist aber das Gesetz unter Tach und Fach, da wird das Wort des Ministers gebrochen. (Präsident Kaempf: Ich bitte, doch nicht von einem Wortbruch des Ministers zu sprechen. Sie können daselbst auch in parlamentarischen Ausdrücken sagen: Heiterkeit.) Ja, ich weiß nicht, welchen Ausdruck ich da gebrauchen soll, in trenden Sprachen zu sprechen, ist doch hier nicht erlaubt. (Sehr gut! rechts bei den Soz.) Die preußische Regierung hat und Heiterkeit bei den Soz.) Die preußische Regierung hat an die Regierungsvorsteher folgendes Rundschreiben erlassen: Es ist in Aussicht genommen, bei einem Teil der Versicherungsämter verabschiedete Offiziere zu beschäftigen. Kaum ist aber das Gesetz unter Tach und Fach, da wird das Wort des Ministers gebrochen. (Präsident Kaempf: Ich bitte, doch nicht von einem Wortbruch des Ministers zu sprechen. Sie können daselbst auch in parlamentarischen Ausdrücken sagen: Heiterkeit.) Ja, ich weiß nicht, welchen Ausdruck ich da gebrauchen soll, in trenden Sprachen zu sprechen, ist doch hier nicht erlaubt. (Sehr gut! rechts bei den Soz.) Die preußische Regierung hat an die Regierungsvorsteher folgendes Rundschreiben erlassen: Es ist in Aussicht genommen, bei einem Teil der Versicherungsämter verabschiedete Offiziere zu beschäftigen. Kaum ist aber das Gesetz unter Tach und Fach, da wird das Wort des Ministers gebrochen. (Präsident Kaempf: Ich bitte, doch nicht von einem Wortbruch des Ministers zu sprechen. Sie können daselbst auch in parlamentarischen Ausdrücken sagen: Heiterkeit.) Ja, ich weiß nicht, welchen Ausdruck ich da gebrauchen soll, in trenden Sprachen zu sprechen, ist doch hier nicht erlaubt. (Sehr gut! rechts bei den Soz.)

Genosse Dr. Käfer fertigte am Beginn seiner vorzüllichen Rede den Sozialdemokraten Heß mit beispielnder Ironie ab, um sich dann einer umfassenden Kritik der heutigen Volksschule zu unterstellen. Er knüpfte an die Rede des Genossen Vorwärts an, stellte gegenüber den selbstzurückgeworfenen Tadelungen der Regierung über den Rückzug des Lehrermangels fest, daß zwar eine Besserung zu verzeichnen sei, das Nebel aber noch lange nicht geschwindet ist, wie sogar die amtliche Statistik über die Überfüllung der Volksschulen in den verschiedensten Landesteilen zugeben muss. Unter Redner geißelte das Ideal der Volkserziehung, das als Ziel der Schulpolitik des Zentrums aufgerichtet ist, brandmarkte die Gesinnungsschneidung der Lehrer durch die Behörden und die Regierungsvorsteher und schloß mit der Entwicklung des vom Hammheimer Parteitag beschlossenen sozialdemokratischen Schulprogramms. Der Abgeordnete Dr. Hakenberg von der nationalsozialistischen Partei, eine bei aller Gegnerschaft hochachtbare Persönlichkeit, musste trotz scharfer Polemik anerkennen, daß sogar von seinem Standpunkt aus in den sozialdemokratischen Schulidealen ein gesunder Inhalt enthalten sei. Der sozialistische Abgeordnete Ernst wies die Angriffe des Herrn Heß auf die liberale Lehrerschaft entgegen, entgegen, was aber den konservativen Pfarrer Deekenroth und den angenehmen Herrn Heß nicht hinderten, nachher noch kräftig gegen die liberalen Lehrer schatt zu machen. Über die Phrasen dieser Leute gegen die Sozialdemokratie können wir hinweggehen.

Abg. Graf Westarp (cons.): Auch wir sind mit der Rechtsprechung, wie sie Herr Heiterkeit vorgesetzt hat, nicht einverstanden. Die Behauptung des Herrn Molkenbuhr, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter in der Versicherung entrichtet seien, welche ich zurück. (Bravo rechts, Lad. b. d. Soz.)

Abg. Becker-Urnberg: Den Regelungen des Herrn Hoch kann ich zustimmen. Eine Besetzung der Lehrerinnenäste mit den verbleibenden Offizieren wäre insofern den Versicherungen der Regierungen wie dem Gesetz selbst widersprechen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Gaspar: Nach meiner Erinnerung ist eine bestimmte Zugabe im Sinne des Herrn Hoch von den Minister nicht gegeben worden. Es ist nur gesagt worden, daß den Offizieren kein Vorrecht für diese Stellen gewährt werden sollte. Im preußischen Erlaß steht ausdrücklich, daß die Offiziere sich die nötige Qualifikation durch jahrelange Erfahrungen erwerben sollen. Eine Zugabe, die sich ausgeweitet solchen Stellen überhaupt ausgeschlossen werden soll, kann vernünftigerweise garnicht gegeben werden. (Bravo rechts)

Abg. Hoch (Soz.): Ich stelle fest, daß auch Herr Becker meine Aussicht von der Erklärung des Ministers teilt. Auf Grund der Fassung der Regierungsvorlage habe ich damals die Behauptung zum Ausdruck gebracht, daß Offiziere für solche Stellen genommen werden können. Ich hatte erklärt, daß in gewissen Ausnahmefällen auch Offiziere dafür geeignet sein könnten, daß aber in der Regel die ganze Bildung und Tätigkeit der Offiziere sie für solche Posten ungeeignet machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Trümper stimmte mit damals zu. Darauf hat sich der Minister erhoben und hat erklärt, es wäre in keiner Weise daran gedacht, in großer Zahl Offiziere in solche Stellen zu bringen. Sie werden doch nicht dem Volke entstehen wollen, daß dieses Rundschreiben an alle Regierungspräsidenten mit erkannt sei, um in Ausnahmefällen Offiziere unterzubringen. Es ist ganz klar, daß das im großen gedacht war. (Abg. Lebedour: Es ist eine direkte Auflösung, die Offiziere, sich zu melden!) Man sollte doch nicht bestreiten wollen, was klar vor uns liegt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Gaspar: Herr Hoch hat nun schon zugegeben, daß nichts dagegen einzuwenden wäre, wenn in gewissen Ställen qualifizierte Leute, die trübe Offiziere geweisen sind, angestellt werden. Es kann keinerede davon sein, daß die Abseit bestanden hat, daß in Plänen zu tun, zumal es nur Offiziere angestellt werden sollen, die sich durch mehrjährige Beschäftigung bei einer Krankenfalle die Qualifikation erworben haben. (Aruke rechts bei den Soz.) Auch werden in der Regel überhaupt nicht besondere Beamte für diese Stellen angestellt werden.

Abg. Graf Westarp (cons.): Offiziere dürfen doch keineswegs zurückgestellt werden.

Abg. Giesbertz (Ztr.) und Abg. Becker-Urnberg (Ztr.) finden es sehr auffallend, daß gerade in Bezug auf Offiziere ein Rundschreiben erlassen worden ist.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Zu Vorschriften der Krankenkassen wird die Regierung mit Vorliebe Offiziere nehmen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich nicht einigen, und zwar auf Kosten der Kasse.

Abg. Schulenburg (Rp.): Wir streiten um Kaiser's Bait, denn jetzt müssen alle Beamten ange stellt werden und noch hat kein Offizier eine mehrjährige Ausbildung.

Abg. Hoch (Soz.): Deshalb wird die Regierung doch Offiziere nehmen. In solchem Falle ist der K

2000 Stellende und Ausgesperte, die zum Teil unorganisiert, zum Teil dem Gewerbeverein oder dem christlichen Schiedsgericht angehören. Alle Nachrichten der Unternehmer, daß 20.000 Gehilfen im Kampf stehen, sind nur zu dem Zweck in die Presse gelangt, um den wankelmütigen Unternehmern den Glauben beibringen, die Kasse der Gehilfenverbände werde derart stark in Anspruch genommen, daß sie in wenigen Tagen vollständig leer sei. Dagegen hat die Unternehmerpresse bis jetzt aber noch nicht mitgeteilt, daß mehr als 20 Ortsgruppen des Unternehmerverbandes ihrem Haupt-Vorstand die Gefolgshaft verlangt haben und die Aussperrung nicht mitmachen, und daß es außerdem fast in allen Ortsgruppen des "Adav" (Allgemeiner Deutscher Arbeitgeberverband) ganz gewaltig kriselt. Überall versagen Firmen dem Unternehmerverband die Gefolgshaft und haben die Aussperrung auf, weil sie die Gewaltpolitik ihrer Verbandsleitung nicht mehr mitmachen wollen.

Der Kampf wird nun nicht mehr wie im Anfang um die Höhe des Lohnes und anderer Forderungen geführt, sondern in der Hoffnungslosigkeit darum, welchen Einfluß den Filialen der Gehilfenverbände auf die zu vereinbarenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zugesetzten werden soll. Während noch den zwischen dem Unternehmerverband und den Gehilfenverbänden bestehenden Verträgen die örtlichen Verhandlungen die Grundlage bilden sollen, hat der "Adav" in den letzten Tagen immer mehr darauf hingewirkt, die örtlichen Vertreter möglichst auszuschalten.

Das Zentralorgan des Unternehmerverbandes bringt nun in seiner letzten Nummer einen Artikel "Des Kampfs Preis". Die in dem Artikel enthaltenen Ausführungen nipseln darin, daß für sämtliche Tarife ein einheitlicher Absatztermin festgelegt werden soll, und zwar auch für die Tarife, die jetzt nicht gefüllt worden sind. Diese Forderung wird als ein Gebot der eisernen Notwendigkeit bezeichnet, vor der alle anderen Differenzen und Meinungen bedenken weit in den Hintergrund treten. Der Kampf soll der Vorläufer einer längeren Friedensperiode werden, die das Schiedsgerichtsverfahren wünscht. Trotzdem diese neuen Pläne mit großem Enthusiasmus in dem Unternehmertag benannt gegeben werden, sind darauf hinzuweisende Anträge weder jetzt noch früher an die Gehilfenverbände gestellt worden. Im Gegenteil: Zu jener Zeit, wo diese Pläne das Licht der Öffentlichkeit erblicken, lädt der Unternehmerverband verkünden, daß nach Lage der Sache die Unternehmer nicht die geringste Veranlassung haben, zu neuen Verhandlungen die Hand zu bieten. Die Initiative hierzu müßte einzige und allein von den Arbeitern ausgehen.

Nach einer Notiz der bürgerlichen Presse soll der Gewerberichtsdirektor Dr. Preußner in München — dem Sitz des Hauptvorstandes des Unternehmertags — den Unternehmern einen Vermittlungsvorschlag angeboten haben; er nahm jedoch davon Abstand, nachdem ihn die Unternehmer dahin belehrt hatten, daß momentan keine Grundlage für einen Ausgleich gefunden werden könnte. Ferner teilt die bürgerliche Presse mit, daß die Reichsregierung auf Veranlassung der Arbeiter Informationen über die Lage eingeholt habe, und den Parteien wahrscheinlich Vermittlungsvorschläge antragen werde. Dazu ist zu bemerken, daß die Reichsregierung von den Arbeiterversänden nicht bemüht wurde und sich auch nicht an sie gewendet hat.

Wenn die Unternehmer eine Kreishärtersaison drogen, wollen, um einen Kampf vor längerer Dauer mit den Arbeitern zu führen, dann mögen sie es nur versuchen. — die Gehilfen werden sich nicht unterwerfen, obgleich auch sie am Lohn bedeutend mehr einbüßen, wie sie an Streitunterstützung beziehen. In der neusten Zeit müssen aber alle Gewerkschaften mit Rücksicht von längerer Dauer rechnen und auch die Schneider werden sich damit abzufinden wissen.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. März.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtberatung vollzieht sich in diesem Jahre in unserem Stadtparlament etwas sehr verspätet und schwärmäßig; erst gestern — zehn Tage vor Ablauf des Geschäftsjahrs — wurde ein ernsthafter Anlauf genommen und etwa dreißig dieser jetzt dringlichen Tagesordnungspunkte erledigt. Sie und da äußerten einzelne Stadträte noch Wünsche, die in den Kommissionen nicht zur Sprache gekommen waren; meist ging die Erledigung lautlos vor sich. Als beim "Stat der verschwundenen Einnahmen und Ausgaben" Stadtv. Bielischowski die Vermehrung der Kriminalpolizei gegen das Nebenhöndchen des Verbrechertums empfohl, legte Genosse Löbke der Versammlung nahe, lieber für nützliche Verwendung der vorhandenen Polizeier einzutreten, die jetzt ihre Zeit mit der Jagd auf rote Stranzschleifen und mit ähnlichen staatsfeindlichen Übungen tötzschlagen. Stadtv. Bielischowski für Abhilfe des bekannten Nebelstandes an den Untersuchungen am Oderterbahnhof ein, die alljährlich vom Regen unter Wasser gesetzt werden. Herr Ratitsch, der früher für's Oderter nicht genug reden konnte, schwante plötzlich um und brachte den Antrag des Magistrats auf Ablegung von Abschlußanträgen zu Fall. Beim Stat der Parkwälder regte Stadtv. Wiener eine bessere Pflege des Eichenwalds an, dessen Wege und Biesen sich in sehr verwahrlostem Zustande befinden, und Genosse Neufkirch verlangte einen Wachtmeister für den Umkleidebuden bei der Spielwiese an der Grödelbrücke. Gegen den Versuch des Magistrats, die Kosten für die Errichtung der Häuser am Blücherplatz und an der Elisenstraße in die Ausgaben des Grundstücksentwickels zu buchen, wehrte sich ein ganzes Heer von Finanzpolitikern und Steuerknopfern unter der Führung der Herren Dettlinger und Jeron. Sie erreichten auch, daß die Ausgaben dem Anleihefonds überwiesen wurden. Bei der Rietung von Schulräumen in der Gellertstraße nahm Stadtv. Wiener Gelegenheit, darauf hinzuweisen, in welchen haarscharfend ungünstigen Wirtschaftsklassen pädagogische Volkschüler hier untergebracht werden sollen. Die Antwort des Stadtrats ließ auch nur drauf hinaus, daß in der Not der Zeiten fliegen solle. Hoffentlich trägt aber der Hinweis des Genossen Wiener wenigstens insofern seine Früchte, als der Bau einer neuen Schule in Scheitern dadurch gefördert wird.

Da die Stadtbewilligung noch viel Zeit erfordert, sind für die nächste Woche zwei Sitzungen abgezogen, nämlich für Dienstag und Donnerstag nachmittag. Bei der Berlebung der Eingänge wurde auch die Mitteilung gemacht, daß Stadtv. Neumann sein Amt infolge Bezugs von Breslau niedergelegt hat.

\* \* \* \* \*

Ein Stat der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben befindet sich ein Kosten von über einer Million Mark an Ausgaben, die die Stadt für die

### Königliche Polizei

zu leisten hat. Stadtv. Bielischowski (lib.): Mit den unverhältnismäßig hohen Kosten, die wir für die Unterhaltung der Polizei ausgeben müssen, steht die Sicherheit der Stadt, namentlich der Südbvorstadt, nicht im Einklang. Bisher ist nichts geschehen, wodurch namentlich die Sicherheit im Süden der Stadt behoben worden wäre. Vielleicht liegt es an der außerordentlich schwachen Besetzung der Kriminalpolizei. (Widerspruch bei den Soz.) Der Magistrat soll darauf hinweisen, daß die Sicherheit in der Stadt eine bessere wird. Man kann in der Südbvorstadt z. B. nachts über eine Stunde lang laufen, ohne überhaupt einen Schuhmann zu sehen.

Oberbürgermeister Dr. Bender: Über die Verwendung der Polizeikräfte haben wir nicht zu verfügen. Wir können also keine Verbesserungen schaffen, denn wir sind ohne jeden Einfluß auf die Polizei. Wir haben nur zu bezahlen.

Stadtv. Löbe (Soz.): Wir haben leider auf die Geburten der Polizei keinen Einfluß. Wenn aber Herr Bielischowski eine Vermeidung der Kriminalbeamten anstrebt, so kann ich mich diesem Wunsche nicht anschließen, sondern möchte umgekehrt eine zweitmögliche Verwendung der Kriminalbeamten ihren Beamtenstab zu Studium der Todesanzeichen in der "Vollstreckung" und stellt ihn dann vor den Täuerhäusern auf, um aufzupassen, ob etwa ein Kron mit roter Schleife vor dem Leichentragen getragen wird. Auf die Kron müssen sich dann die Beamten stützen, um ihn, wenn möglich, an sich zu bringen und zu kontrollieren. Wegen einer Wahlkreisfeier sind über 30 Personen von der Polizei vernommen worden, wegen eines medizinischen Vorfalls, in dem ein paar politische Fälle enthalten sein sollen, wurden über 10 Personen auf die politische Kriminalpolizei bestellt. Harmlose Mitgliederantritte von Frauen werden überschlagsweise von Polizeibeamten überwacht. So lange die Polizei nichts wichtiges für ihre Beamten zu tun hat, ist eine Vermehrung nicht nötig. Wir können uns darauf beschränken, den Polizeipräsidien zu erlauben, nicht gegen anständige Bürger. (Beifall.)

### Mißstände an der Trebnitzer Unterführung.

Im Stat sind 85.000 Mark für die Befreiung der Missstände angelegt. Der Stadtv. Ausschuß beantragt aber deren Streichung.

Stadtv. Bielischowski (lib.): Der Magistrat will die Nebelstände an der Trebnitzer Unterführung durch den Bau eines Kanals zum Teil beheben. Die Zustände sind dort nicht mehr einer Großstadt würdig und schreien nach Abhilfe. Ein Beleihung mußte z. B. einmal bei einer Überschwemmung der Unterführung halten und der Sarra hinübergetragen werden. Ich bitte also, die 85.000 Mark wieder einzustellen.

Stadtbaurat von Scholz: Die Bauverwaltung will den Notkanal an der Trebnitzer Unterführung zur Befreiung bauen und ich kann auch mit einsetzen, den Betrag wieder einzustellen.

Stadtv. Bresig (Soz.): Ich muß auch bitten, den Betrag für den Kanal nicht zu streichen und die Vorlage wieder herzustellen. Die Nebelstände sind bekannt und oft genug in der Öffentlichkeit, auch in der Versammlung gerügt worden. Bloß kann man dann, daß jetzt die Verhältnisse besser werden und keine Überschwemmungen nicht eintreten? Nehmen Sie also den Antrag des Herrn Bielischows an.

Der Referent Stadtv. Ratitsch (lib.) bleibt beim Ausschlußantrage auf Abzug der 85.000 Mk., die auch beschlossen wird.

### Der Stat der Spielplätze

gab dem Stadtverordneten Steinkirch (Soz.) Gelegenheit, folgenden Wunsch im Interesse der jugend vorzubringen:

In die Nähe der Spielplätze an der Grödelbrücke ist in den letzten Monaten wiederholtemaßen ein achtroder worden und die Liebe haben den Spielenden Kleidungsstücke und Wert Sachen gestohlen. Die Polizei konnte die Einbrecher nicht ermitteln; warum, weiß ich nicht. Ich bitte deshalb den Magistrat, die Bude an der Grödelbrücke einen Wächter zu bestellen, wie ihm andere Spielplätze schon haben.

Oberbürgermeister Bender: Die Spielplätze sind nicht gleich und die Nebelstände, die der Herr Vorredner erwähnt, bestehen; aber es ist nicht so leicht, ihnen zu begegnen, weil wegen der Hochwasserströmung an der Grödelstraße eine diebstahlsichere Bude nicht errichtet werden kann.

### Stat der Parkwälder.

Stadtv. Wiener (Soz.): Bei aller anerkannten Würde der Parkverwaltung bleibt doch ein Wunsch, nämlich der, den Eichenpark doch etwas besser zu pflegen, da sonst vieles verwahrlost.

Stadtrat Haber: Ich kann diesen Wunsch nicht als berechtigt anerkennen. Wenn auch einmal eine kleine Unordnung vorkommt, so ist doch sonst der Park in guter Ordnung und Pflege.

Stadtv. Speerer (lib.): Ich kann mich nur den Ausführungen des Kollegen Wiener anschließen. Es ist ein Skandal, was dort am heiteren Tage vorkommt: junge Bäume sieh man unter den Sträuchern. (Gr. Heiterkeit.)

Stadtv. John (kon.): Es muß doch bedacht werden, daß der Eichenpark ein freier Park ist und deshalb die Ordnung nicht so sein kann, wie andernorts. Das, was Herr Speerer gesagt hat, habe ich nicht kennen gelernt. (Gr. Heiterkeit.) Man kann ja mehr Bäume anstellen, aber vollauf sind die Bäume dafür nicht benötigt.

Oberbürgermeister Bender: Wenn die Herren nach Auslands kommen z. B. nach Paris, so sehen Sie überall freie Parks. Eine mangelhafte Bude, wo sich die Leute tummeln können, ist besser, als ein eingesäumter schön gepflegter Garten, natürlich wenn man an die Kinder denkt.

Stadtv. Wiener (Soz.): Die Wege zum Park und um ihn herum, bedürfen sehr der Pflasterung. Gewiß kann der Eichenpark nicht so gehalten werden, wie der Südpark. Ich habe mir den Eichenpark angesehen und kann nur dabeibleiben, meine Wünsche zu erfüllen.

### Beim Stat der Markstall-Verwaltung

berief sich Stadtv. Wolff (lib.) darüber, daß die Markstallarbeiter auf den an der Oder gelegenen Straßen den Straßenkehrer, anstatt zu Hause zusammen zu sitzen, einfach in die Oder fahren, wo der Schwung an den Böschungen noch Wochenlang liegen bleibt. Das ist eine maßlose Schweinerei, die dringend der Abhilfe bedarf. Der Stat des Gemeinschafts- und Mervenheitsausschusses zeigte eine kurze Debatte über die Ausnahme gemeinschaftlicher Gelehrter und die Befreiungen, die zur Sichererhaftung derselben getroffen sind. Bekannt wurde hierbei vom Stadtrat Frankel, daß der Staat an seine Pflicht, für die Aufnahme derartiger Gelehrter immer wieder erinnert werden muß.

Nach dem Gutachten des Stat-Ausschusses wurden folgende Fälschungen festgestellt: Der Armen- und Pflegeanstalten, des Bürgerschulhauses, der Brüder-Sithauer-Stiftung, der Arbeitsanstalten, der Kanalisationswerke, die in den Haushaltungsplänen vorgesehene Bauausführungen, der Rieselgärten, der Heilanstalt für Nerven und Gemütskrank, des Elaen'schen Stechenhauses, der Milchföhren, der Kämmererstellen, der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben für 1912 und über Ausgaben für Zwecke der Kanalisation aus Anleihen des Dorflichtungsbegriffs, der Markstallverwaltung, der Pflasterungen, der Baumwollanlagen, des Gemeindeheims, Reidenhof des Bauhofes, der Gartenvorwaltung, der Parkwälder, der Spielplätze, des städtischen Grundbesitzes, der Bedürftnisanstalten, der Kämmerer, der Krankenhaus, der öffentlichen Bäder und Bärmehallen, des Stadtwesens, der Bau- und Begeopolizei.

### Rietung von Schulräumen.

Stadtv. Wiener (Soz.): Bei aller Rücksicht der Schulergebnisse, die die Rietung von Schulräumen bietet, muß ich darauf hinweisen, daß ich die Acquitation der zwei Schulräume auf der Gellhornstraße 47 in meiner Reihe billigen kann. In diesem Bereich mit 4 Schulräumen belegten Vorstadtgebäude mittlerer Gattung sollen jetzt 6 Räume mit ungefähr 240 Schülern untergebracht werden.

Die Räume bieten in ihrem Raum zu wenig Raum für Kinder, die so dicht bis unten und an die Katheder gesetzt sind, daß der Lehrer sie nicht übersehen kann. Gegenwärtig mangelt es an sämtlichen Nebenkästen, der kleine Hof und die Stadtbauanlagen. Mit mir haben Schulmänner den großen Bedenken geäußert, daß diese Schulräume unzureichend und besonders die Gefahren auf unzureichenden Treppen bei einer Panik bestont. Ich will das hoffen, daß, wenn an der Sache vielleicht zunächst nichts ändert, recht bald durch neue Schulhäuser, den organ. Neubauhoffen wird, um Sicherheit und Gesundheit der Volksschüler besser zu wahren.

Stadtrat Wagner: Wir finden leider in diesem Stadtbau keine geeigneten Schulräume. Der Anfang eines Schulgrundstückes ist abgelehnt worden. Wir müssen deshalb die Klasse unterbringen wie es geht. Was zur Verbesserung der vielen nicht idealen Verhältnisse geschehen kann, werden wir tun.

Stadtv. Jeron (steir.): Heute Kollege Wienert hat die Zustände zu grau gemalt. In den Privathäusern kann es nicht sein wie in unseren Schulhäusern. Ich bitte der Vorlage zuzustimmen. Es wird nicht lange dauern, da werden wir in diesem Gegend ein neues Schulhaus haben.

Außerdem Vorlagen wurden noch genehmigt, die Festschaffung eines Zeitung für die verstärkte Tilgung der Aluleiter von 1909; die Herstellung einer Beliebungslage im Theateraal des Juengendeim; 10000 M. Beihilfe zu den Kosten der Festschaffung des Jaunes an der Gabinstraße und Entschädigung für abgetrennes Land zum Zwecke der Verbreiterung der Straße in die Kirchengemeinde zu Elstauaum; 6000 M. für die Herstellung des Werkes "Breslau als Kultur- und Kunststätte"; die Schulbeiträge für das Gut Rantern; die Übertragung des Stimmbuchs in der Stadt; Deputation an die beiden Strafanwälte-Direktoren; der Erwerb einer 72 Quadratmeter großen Parzelle in der Odervorstadt; der Ankauf von Straßelandflächen der nördlichen Friedrichstraße, zwischen Neu-Schweidnitzerstraße und Neudorfstraße.

Der Anfang von Parzellen in Größen wird, freilich dem Magistratsvorsteher den sofortigen Anfang befürworten. Am Ausschuß IV überreichen: dasselbe geschieht mit den Grundstücken, an denen die Grundverschärfung von den Anläufen vorher nicht in Kenntnis geriet wurde.

Schluss der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr, der eine geheime folgte.

### Unterstützt die Handelsangestellten!

Öltern rückt näher und es beginnt auch für die im Handelsgewerbe Beschäftigten (Verkäufer, Verkäuferinnen, Kontoristen usw.) wieder eine Zeit angestiegener Tätigkeit, die Arbeitskräfte werden sehr oft noch über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Bis in die späte Nacht hinein und am Sonntag muß da gearbeitet werden. Es sind uns Fälle bekannt geworden, wo den Angestellten nicht einmal eine knappe Zeit gelassen wird, ihre Mahlzeit einzunehmen.

Die Handelsangestellten kämpfen schon seit langem um für sie Arbeitszeit, vor allem aber um die Einführung der vollen Sonntagsruhe.

Deshalb richten wir an alle organisierten Arbeiter und deren Angehörige wiederholt die bringende Bitte, uns in diesem schweren Kampfe zu unterstützen und alle Einläufe, soweit es sich nicht um bringende Lebensmittel handelt, an Sonntagen ganz zu unterlassen.

Weiterhin bitten wir, alle Fälle von übermäßiglicher Ausdehnung der Arbeitszeit oder das Arbeiten von Handelsangestellten zu unerlaubter Zeit der unterzeichneten Kommission zu melden.

Wir hoffen, uns nicht vergebens an die Solidarität der Arbeiterschaft zu wenden.

Die Handelschutzkommission des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften.

Domann: J. Minell, Bohrauerstr. 105.

\* Vierzig Jahre Gutmacher-Verband. Der Zentralverband für alle in der Gut- und Hilfsverwaltung Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitserinnen Deutschlands kann in diesem Jahre auf ein 40-jähriges Bestehen zurückblicken. Die heilige Eröffnungsfeier veranstaltet deshalb Sonnabend, den 23. März, im Gewerkschaftshaus eine würdige Feier. Das reichhaltige und der Feier angemessene Programm besteht in Konzert, Tanz, humoristischen Vorführungen, Theater und Ball. Wir erfreuen nochmals alle Kollegen und Kolleginnen, sich zahlreich zu beteiligen.

\* Kaufmännische Arbeiterkasse "Merkur". G. O. Merkur Sonnabend wird die Generalkonferenz in Freibergs Restaurant, Klosterstraße 49, abgehalten. Die Kasse "Merkur" besteht am 23. März 25 Jahre. Aus diesem Anlaß hat der Vorstand einen längeren Bericht über das Wirken der Kasse verfaßt, der den Mitgliedern gedrückt vorliegt. Danach wurden im Gründungsjahr 296 Mitglieder gegründet, 1911 durchschnittlich 1081. Gegenwartlich haben sich die Leistungen verdoppelt. Das Kassenfond und die Angehörigen-Kontingenten betrugen im ersten Geschäftsjahr 400 Mark, in den letzten zwölf Monaten 10.825 Mark. Die Kasse hat heute ein Vermögen von mehr als 12.000 Mark.

\* Formier, Keramischer und Giecherei hilfsarbeiter. Montag, den 26. März abends 8<sup>1/2</sup> Uhr: Branchenversammlung im Cäcilie-Restaurant, Raiffeisenstraße 37. Tagesordnung: 1. Das Ergebnis unter der statutarischen Echtheit. 2. Verpfändung. Kein Kollege fehle! Mitgliedsbuch mitbringen.

Die Branchenleitung.

### Betrachtungen zum Streit der Ruhrbergleute.

An politischen und wirtschaftlichen Betrachtungen des Streits der Ruhrbergleute wird es jetzt nach dem Abbruch des Streits nicht fehlen. Dabei wird die bürgerliche Presse mit Vorwürfen gegen die Führer der Organisationen nicht lassen. Der Anfang ist bereits gemacht. Die Fortsetzung, an der sich die Christlichen Führer sicher auch sehr lebhaft beteiligen werden, wird folgen. Den Führern wird vorgeworfen, daß sie die Situation verkannten, daß Kohlenvorräte in Massen lagerten, und daß die Beteiligung der Christlichen für das Gelag des Streits eine zwingende Voraussetzung war, und daß der Streit daher eine Tragödie gewesen ist. Vorwürfe gegen die Führer nach verlorener Schlacht zu erheben, ist leicht, zumal wenn man die Zuverlässigkeit der Truppen gänzlich außer Betracht läßt. Wollten die Bergarbeiter mit dem Streit etwa warten, bis der Kohlenmarkt ihnen den Erfolg sicher erscheinen ließ, so mühten sie gewiß bis auf den Samstagsmorgen warten. Die großen Betrieben und die großen industriellen Werke werden immer über einen größeren Kohlenvorrat verfügen, der den Beden-

ken der Bergarbeiter mitbringt, bis der Kohlenmarkt ihnen den Erfolg sicher ers

Gießerungsfähigkeit selbst bei geminderter Förderung ermöglicht und den Industriewerken die Aufrechterhaltung des Betriebes auf Wochen verbürgt. Der Streik könnte nur gewonnen werden, wenn die gesamte Belegschaft mitgeissen würde und wochenlang durchhielt, schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Mitwochmorgen-Ausgabe) nicht unrichtig. Wenn auch nicht die gesamte Belegschaft — so möchten wir korrigierend bemerken —, wenn nur drei Viertel der Belegschaften etwa acht Wochen im Streik ausgehalten hätte, so war der Erfolg des Streiks sicher. An den ersten Streittagen aber hatte es den Anschein, als ob der weitauß größte Teil der Belegschaften mitgeissen würde. Und wenn diese 8 bis 10 Wochen durchgehalten hätten, wäre sicher ein so empfindlicher Kohleunmangel eingetreten, daß die Bechenbesitzer sich eines Besseren besinnen müssten.

Dafür gibt übrigens die „Rhein.-Westfäl. Ztg.“ einen interessanten Beleg. In einer Zuschrift, die sicher aus dem Bechenvereinsbureau stammt, gibt sie den Fördererausfall an Kohlen für die einzelnen Streittage auf pro Tag von 110.730 Tonnen bis zu 165.750 Tonnen an, bei einer sonstigen durchschnittlichen Förderung von täglich 280.000 Tonnen. Der Gesamtfördererausfall wird für die acht Streittage auf 1.102.830 Tonnen im Werte von 12 Millionen Mark berechnet. Interessant ist nebenher, daß der durch die vermindezte Förderung entgangene Reingewinn mit 0,75 Mark pro Tonne auf 827.122 Mark berechnet wird. Bei regulärer Förderung, also 200.000 Mark Reingewinn pro Tag, Gia! gar reizvolles Tummen! Sollte da eine kleine Lohnerhöhung für die Bergarbeiter wirklich nicht möglich sein?

Warum die Vorausseckungen zum Gelingen des Streiks nicht eintrafen, ist hinlänglich bekannt. Sämtliche Christlichen sind am Streik beteiligt, so wäre die allgemeine Beteiligung der Bergarbeiter so groß gewesen und von so starkem Eindruck, daß der Erfolg nicht ausbleiben konnte. Ihr Einwand, daß der Streik nur als Sympathiestreik für die Engländer eingeleitet worden sei, glaubt ihnen kein ernsthafter Mensch, auch nicht in Kreisen der Bechenbesitzer.

Die Nichtbeteiligung der Christlichen am Streik ist auf politische Einflüsse zurückzuführen. Das Zentrum ist nicht nur in Bayern Regierungspartei, es sitzt auch im Reiche an der regierungsfreundlichen Sonnenseite. Die großen Herren im Zentrum hätte es jedenfalls arg verschupft, wenn die „christlichen Arbeitersührer“ in offener Streitrebellion diese Regierungsfürderigkeit des Zentrums in Misstrauen gebracht hätten. Dass sie über dieses Bemühen, den artigen, frommen Staatsbürger zu spielen, jede Keimzersetzung mit ihren eigenen Leuten so weit vergaßen, daß sie nicht allein den Streitbruch proklamierten, sondern sich heller schrien nach Entsendung von Militär, ist als ein besonderes Kennzeichen ihrer „Arbeitervertretung“ anzusehen. Die „Rhein.-Westfäl. Zeitung“ versetzt ihnen, denn auch wegen dieses schamlosen Verhaltens eine schallende Ohrfeige, indem sie schreibt:

„Bisher war niemals Militär nötig, d. h. dann nicht, wenn auch die Christlich-Sozialen streiken. Wenn aber die Arbeitswilligen (dies: die Christlich-Sozialen) Militärschutz verlangen, dann ist es etwas ganz anderes, als wenn die Bechen ihre verlangen. In die richtige Politik übertragen lautet das: wenn die ultramontane Partei Militär verlangt, muß es kommen und sonst nicht. Es bleibt aber wichtig, daß hier die Zentrumpartei einmal mit größter Energie nach militärischem Schutz für Arbeitswillige gerissen hat bei einem Streik, der — daran halten wir fest — nicht mehr an Einschüchterung und Bedrohung sah, als die meisten großen Bergarbeiterstreiks.“

Wir gratulieren zu dieser Charakteristik! Die Bergarbeiter mögen aber bei Betrachtungen über das Mißlingen des Streiks sich nicht durch die von den Gegnern beliebten Herabsetzungen der Führer betrügen lassen, sondern in tatsächlicher Würdigung der Verhältnisse denen die Schuld zuzuteilen, die sie wirklich verdient haben.

### Zum Streik im Zwickauer Kohlenrevier.

In Zwickau ist der Streik bis zu dieser Stunde unausgeschlagen. In den Streitkuren des Bergarbeiter-Vereinbundes haben sich bisher über 5000 organisierte und 2000 unorganisierte Streitende gemeldet. Im Laufe des Streiks hat die Organisation circa 500 Mitglieder neu gewonnen. Die Zahl der Streitenden ist jedoch nicht vollständig in die Listen eingetragen. Viele haben die Meldung beim Streitkuren datum unterlassen, weil sie als Unorganisierte keine Unterstützung benötigen können. In Wirklichkeit wird die Ziffer der Streitenden auf nahezu 9000 anzugeben sein. Auf einzelnen Schichten ist die Schienproduktion ganz weitaus zurückgegangen. Ein großer Schacht hat seinen Absofon eingestellt, weil ihm die Kohlen mangeln. Die Werke versuchen jetzt, mit Scheidewällen die Arbeiter einzuschüchtern. Aus dem Halle Schacht ist durch Schlag bekanntgegeben worden, daß diejenigen, die bis Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, für immer aus der Belegschaftsliste gestrichen werden. Auch andere Werke versuchen diese Manipulationen. Auf den Artenhäusern droht man den Arbeitern mit Abzug der sechs Schichten. Donnerstag ist Genosse Sachse im Streitkure eingetroffen. Mittags fand eine Konferenz statt, in der beschlossen wurde, nochmals zu versuchen, auf gütlichem Wege mit den Bergwerksbesitzern auszusehander zu kommen. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, beim Bergamt in Freiberg nachmal eine Vermittelungsverhandlung nachzutragen. Am Nachmittag an diese Konferenz fand im Saale und in dem großen Saal des Palais Hotel de la Poste der erste Generalappell der Bergarbeiter statt. Im Saale standen über 2000 Bergarbeiter Kopf an Kopf gedrängt. Dort sprach Genosse Sachse. Er schilderte zunächst die Ursache des Streiks in den Ruhrgewerbe und ließ seine Rede ausstrecken: Nun erst recht freiti hier, es muß dazu kommen, daß die Bergarbeiter den berechtigten Wünschen der Arbeiter Entgegenkommen zeigen. Im Garten, wo etwa 5000 Bergarbeiter versammelt waren, sprach der Bezirksleiter Stütz und der Redakteur Genosse Barz. Die Versammlungen nahmen die Beschlüsse der Konferenz einstimmig an. Die Versammlung löste sich dann in aller Ruhe und Ordnung auf. Die Auerkennung der Daseinsnotwendigkeit und auch der Polizei über das ruhige Verhalten der Streitenden spricht am besten daraus, daß vor dem Loslo für die ungörige Menschenmassen nur ein einziger Schutzmann postiert war.

### Zum Waldenburger Revier.

Die am Mittwoch abend tagende Revierkonferenz der Waldenburger Belegschaften war noch stärker besucht wie in der vergangenen Woche. Zur Beratung standen die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit den Grubendirektoren. Die Berichte der Ausschüsse lauteten sämtlich gleichmäßig, ein Zeichen da-

für, daß die Direktionen in ihrer Organisation, dem Bergbauischen Verein, die Sache gemeinsam behandelt hatten. Den Arbeiterausschüssen ist überall eine Erhöhung des Abschlags von 1 Mark und eine Lohnerhöhung für Frauen und Jugendliche um 50 Pf. verprochen worden. Eine allgemeine Lohnerhöhung soll später ebenfalls möglich gemacht werden, wenn — bis Ende November — diese angekündigt haben. Alle anderen Forderungen wurden mit einem höflichen „klumäßig“ bei Seite gelegt. Auch zur christlichen Wiederkunft der oben angegebenen Versprechungen konnten sich die Grubenherren nicht versetzen. Sie bleiben also die Zugaben, die den Ausschüssen gemacht worden sind, recht fragwürdig. Im übrigen liegen einzelne der Grubenherren bei ihren Verhandlungen mit den Ausschüssen durchaus so, daß sie alle diese schönen Dinge nur bewilligt werden, wenn die Arbeiter artig bleiben und nicht streiken werden, im anderen Falle gibt es nichts. Daß von einzelnen dieser Herren wieder die alte Verträge wurde, als handele es sich um die Lohnbewegung der deutschen Bergleute um eine sozialdemokratische Aktion, versteht sich von selbst. Ganz besonders tat sich in dieser Beziehung der Chef der Hochgrube herbor. Die Beratungen der Revierkonferenz sind am Sonntag fortgesetzt, und das Ergebnis den am nachmittag stattfindenden Belegschaftsversammlungen unterbreitet werden.

### Briefposten

**A. G. in B.** Nein, die einmal vom Gericht festgesetzte Altersrente kann nicht nach Jahren erhöht werden. Die Unterhaltsgelder werden auch nicht nach den Steuerstufen, sondern entsprechend dem Stande der Mutter des unehelichen Kindes berechnet.

**E. G. 32.** Selbstverständlich kann das Mädchen Kostgeld verlangen und zwar mindestens eine Mark täglich.

**L. Gelsen.** Wendet Sie sich an den Partei-Sekretär in Brüning in Beuthen L.-Schl., Bischowstraße 34.

**Schulz.** Die Marine-Verwaltung berechnet für Belohnung 80 Pf. täglich, die Gesangsniederwerbung etwas weniger; genaues ist uns nicht bekannt.

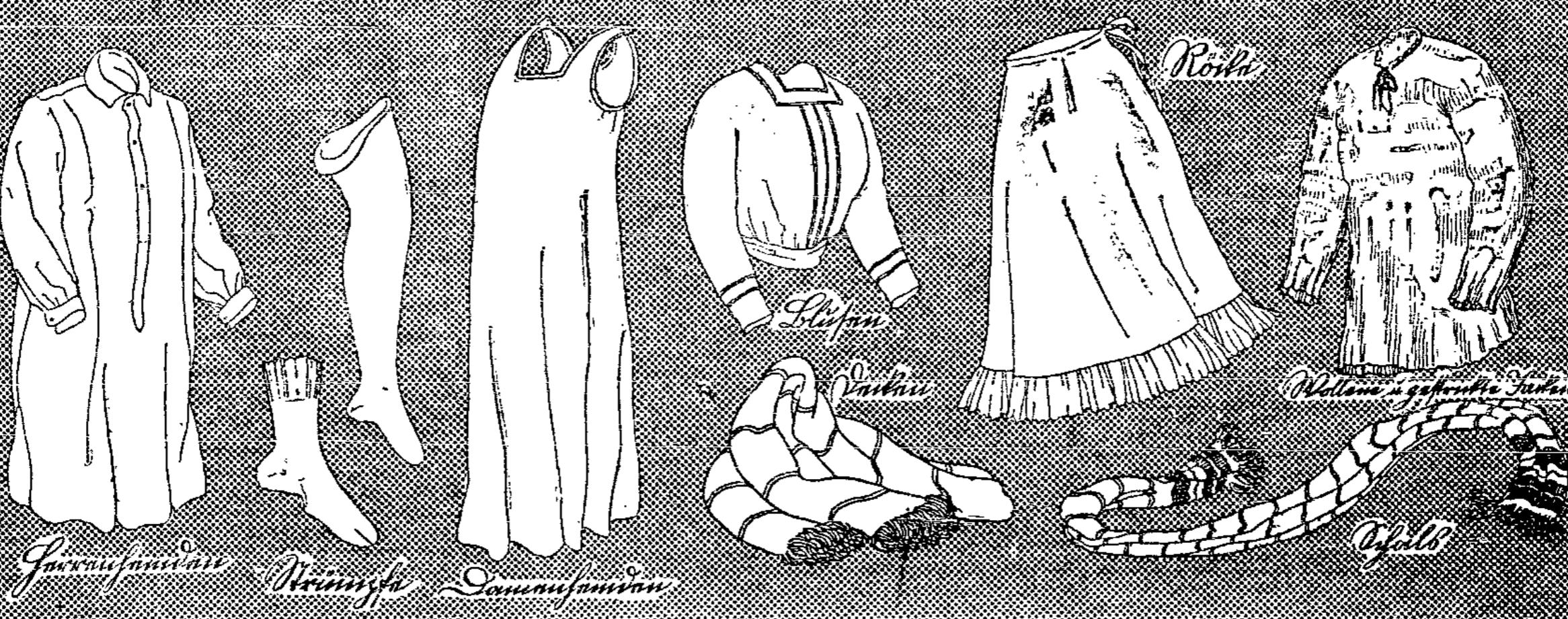
Reisekosten der Niedersächsischen Markt-Notierungskommission, Bremen, den 21. März.

	gute	mittlere										
Reisen, welches neu . . . . .	20 40	19 50	19 40	18 60	18 40	17 40	18 40	17 40	18 40	17 40	18 40	17 40
Kleinen, welches neu . . . . .	20 30	19 40	19 30	18 40	18 30	17 30	18 30	17 30	18 30	17 30	18 30	17 30
Poggien . . . . .	18 —	17 50	17 40	16 50	16 40	—	16 40	15 50	16 40	15 50	16 40	15 50
Bringerste . . . . .	29 —	—	19 50	19 10	17 70	—	—	—	—	—	—	—
Werke . . . . .	17 —	—	16 70	16 60	16 30	16 20	15 20	15 30	15 20	15 30	15 20	15 30
Leiter . . . . .	19 10	19 50	18 50	19 30	18 20	18 20	18 20	18 20	18 20	18 20	18 20	18 20
Mitarbeiter . . . . .	25 —	23 —	24 —	23 —	22 —	—	22 —	21 —	22 —	21 —	22 —	21 —
Geh. per 100 Kar. 8,40—8,50 M.	21 50	21 —	19 30	19 80	18 —	—	17 50	—	17 50	—	17 50	—
Zamadre per 100 Kar. 8,20—8,30 M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Preis-Stab 100 Kar. 8,30—4— M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldelaarer Waschmittel. Wacht ruhig per 100 Kar. 10,00 M., Poggien nebst 00 ruhig. 24.00 M., Wetzenacht 00 ruhig. 28.00—28.50 M., Poggien nebst 00 ruhig. 23.50—24.00 M., Wacker. Buttermilch leicht 14.00—14.50 M., Wetzenacht behobet 13.70—14.25 M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

### Aus der Geschäftswelt.

Ein verblüffendes Experiment ist für die meisten Hausfrauen der vorjährige Gebrauch des selbsttätigen Waschmittels „Persil“! Was früher nur durch Reiben, Bügeln und Verwendung chemischer Stoffe wie Chlor usw., wodurch die Wäsche sehr mitgenommen wurde, zu erzielen war, erreicht man jetzt durch ein einziges etwa  $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$  stündiges Kochen in Persil-Lauge. Weder Zeit, Arbeit und Energie, die regelmäßigen Vergleichsuntersuchungen der alten Waschmethoden, wäre den Haushalten erspart geblieben, wenn sie sich schon früher zu einem Versuch mit diesem einzigen dastehenden Waschmittel entschlossen hätten.

# Mit Rauon-Seife gewaschen



Das ist eben der ungeheure Vorzug der Rauon-Seife, daß alles, was im Hause überhaupt zu waschen ist, mit dieser Seife ohne jedes weitere Waschmittel gewaschen werden kann: Die einfachen Wäschestücke, wie Hemden, Taschentücher, Bett- und Tischwäsche, Schürzen usw. selbstverständlich, — aber was erstaunlich ist, das ist, daß man auch alle empfindlicheren Sachen, wie Wollsachen, feinere Spitzen und Gewebe, Gardinen usw. mit der Rauon-Seife waschen kann, ohne daß das sonst immer so ärgerliche Farbeverlieren, Glühen, Verfilzen oder Verbleichen eintritt.

Es ist einfach eine Pracht.

Es ist jeder Hausfrau aufs bringendste anzuempfehlen, unbedingt einmal einen Versuch zu machen, und sie soll zu diesem Waschversuch empfindlichere oder besonders verschmutzte Sachen nehmen. Man wird die Wäsche nicht wiedererkennen, so schön ist sie geworden.

Ein Stück Rauon-Seife (Preis 20 Pfennig) genügt zu diesem Versuch vollständig. Mit einem Stück Rauon-Seife kann man einen ganzen Haufen Wäsche und andere Sachen waschen. (Achtung! Die Rauon-Seife gibt sofort Schaum. Starkes Ausdrücken wie bei anderen Seifen ist unnötige Verschwendungen! Bei richtiger Behandlung muß man mit halb so viel Seife wie sonst auskommen.)

Wer mit Rauon-Seife einmal gewaschen hat, nimmt keine andere Seife wieder.



Nur bei mir

kaufst man das eleganste und haltbarste

**Schuhwerk.**

Schwarze u. braune Herren- u. Damen-

stiefel, sowie Kinderschuhe, Turnschuhe,

Zeugschuhe und Sandalen 2749

zu denkbar billigen Preisen.

**Bruno Frankenberg**

Gräbschenerstrasse 49

vlo.-vlo. des Konsumlagers „Vorwärts“.

**Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau**

Museumplatz 4

empfiehlt sämtl. Tabake zur Sigarettenfabrikation zu billigen Preisen. [6473]

**Sehen Sie nicht**

auf den Preis, sondern auf die Qualität. Die Marken [2430]

**Panther - Kayser - Weil**

mit ihren neuen Modellen 1912 übertrafen alles bisher dagewesene.

Stabilität, Leichter Lanz und solide Preise sind ihre Vorteile.

**Josef Swienty, Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstätten**

Matthias-Strasse 98.

**39 Zur Konfirmation!**

**Uhren, Ketten, Ringe,**

**Broschen, Ohrringe etc.**

nur gutes Material zu billigen Preisen.

Bitte auf alte Firma

**Friedrich-Wilhelmstr. 39**

zu achten.

In freien Stunden, West 10 Pf.

Erscheint dreimal wöchentlich.

## Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

**Beuthen O.-S.**

Brauereien.

**Vereins-Brauerei A.-G.**

Lebensmittel-Konsum.  
Böh., G. Altestraße u. Kreuzstraße.

**Brieg**

Alkoholfreie Getränke.  
Trinit „Öster Special-Brau“.

Arbeiter-Konfektion.  
Neumann, M., Kepflestr. 1, Dö. Krüsel.

Bäckereien und Konditoreien.  
Fränkel, Hermann, Weißgerberstr. 18.  
Röß, Paul, Hermendorf.  
Rudell, Herm., Paulauerstraße 4.

Bierbrauereien.  
Brüder Städtebrauer A.-G.  
Bürgerliches Brauhaus, G. C. m. b. H.

Fahrräder und Nähmaschinen.  
Schmid, G., Oppelnstr. 8, Reparat. F.W.

Fleischerei u. Wurstfabrik.  
Grahl, Friedrich, Rückstr. 24.  
Wittler, Paul, Rückstr. 21.  
Röder, Alois, Böckstraße.  
Schöls, Richard, Böckstraße 9.

Fruchtsirupe etc.  
Gohn, Josef, Böckstr. 20.

Galanterie- und Spielwaren.  
Göschel, M., Wagnerstraße 2.

Herrnen- u. Knaben-Garderobe.  
Ruhert, Dr., Langstr. 15, Arbeitersiedlung.  
Eichbaum, Georg, Ring 24.

**Wohl, Eugen,** Burgstrah.  
Ring 22.

Herengard., Schuhwaren, Möbel,  
Raubnowitsch, S., Oppelnstr. 32.

Holz- u. Kohlenhandlung.  
Triller, Carl, Böckstraße 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.  
Hölzberg, Graule Nachf., Rückstr. 14.  
Urbanczik, P., Böckstr. 11/12, Böckstr.

Kaufhäuser.  
**Bach, Arth.,** Böckstr. 30.

Kinematograph.  
„Edison“, Böck. Vertrieb, ehem. Progr.

Colonialwaren und Lebensmittel.  
Graffner, Ernst, Böckstraße 23.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.  
Gäßl, Barten-Spar., G. S. Böck., Ring 27.  
Schwedenberg, G., Böckstraße 50.

Manufakturwaren.  
Götz, Albert, Böckstraße 31.

Möbel- und Sarf-Magazin.  
Lachman, Chrissina, Wagnerstr. 16/17.

Photographic Atelier.  
Dietrich, Alfred, Böckstraße 7.

Schankwirtschaften.  
Ruppin, M., „Lenge Ecke“, Böckstr.

Schuhwaren und Schuhmacher.  
Wörlich, Ang., Böckstr. 13, Rückstr. 10.  
Bürger Schuhfabr., Böckstraße 27.

Schuh-, Leder- und Schuhmacher.  
Stach, O., Schuhmacherstr. 55.  
Urbanczik, P., Böckstraße 12.

Spiegel, Möbel, Polsterwaren.  
Großlich, M., Langstraße 2, Tel. 202.

Uhren und Goldwaren.  
Schreiber, L., Böck. 6, Rückstr. 5.

Verkehrsabteilung.  
Götzl, Heinrich, Böckstr. 4.

Zigaren, Zigaretten, Papierwaren.  
Bünger, G., Böckstr. 4, nach h. Schmidstr.

Werkstätten, Georg, Tel. 211-2, Böckstraße.

**Bunzlau**

Biergross., Limonad. u. Seltzerfabr.  
Worlitz, Herm., Ober-Preßnitz.

Fleischereien u. Wurstfabriken.  
Götsch, Gustav, Gr. Rückstr. 1.

Rindler, Otto, Böckstraße 12.

Götsch, Herm., Böckstraße 12.

Büttelmannshaus.  
Rosenfeld, Theophil.

Schuhwaren u. Schuhmacher.  
Götsch, Gustav, Böckstr. 23, (Rep. Götsch).

Teekatenagen, Weiss- u. Wollwaren.

Reiner, S., Rückstr. 10 (Gelenkheim).

**Cosel**

Bäckereien.

Krause, Franz, Siedl. Nr. 32.

Werkstätten und Manufaktur.

Wittig, Max.

**Dtsch.-Lissa, Stabelwitz.**

Bäckereien.

Becker, Adolf, Dohmenfurterstraße 2.

Reitweiter, Ulrich, Reinhard-Vieland-

Land, Tel., Böckstraße 8, Kreuzkirche 23.

Brauereien und Restaurateure.

Folquer, August, Böckstraße 21.

Götsch, Heinrich, Böckstraße.

Weidlich, Eduard, Böckstraße 2.

Eisen- und Fahrradhandlung.

Erne, Paul, Böckstraße 27.

Fahrräder und Nähmaschinen.

**Klose, Friedr.,** Böckstraße.

Fleischerei und Wurstfabrik.

Reiter, Gustav, Böckstraße 21.

Reitweiter, Eduard, Böckstraße 21.

Uhren- u. Knaben-Garderobe.

Ullrich, Otto, Böckstraße 21.

Wittig, Max., Böckstraße 20.

Galanterie- u. Spielwaren.

Wittig, Max., Böckstraße 20.

Kaufhaus.

Kaufhaus Brauer, Böckstraße 19, 50% off.

Kolonialwaren.

Bretschneider, B., Böckstraße 1.

Fleischerei u. Wurstfabrik.

Reiter, Gustav, Böckstraße 21.

Uhren- u. Knaben-Garderobe.

Ullrich, Gustav, Böckstraße 21.

Wittig, Max., Böckstraße 20.

Galanterie- und Spielwaren.

O'Brien, Rich., Nacht., Frauenstr. 20.

Uhren- und Goldwaren.

Reiter, Gustav, Böckstraße 20.

Zuckerwaren.

Reiter, Gustav, Böckstraße 20.

Fahrräder, Nähmaschinen.

Reiter, Gustav, Böckstraße 20.

Galanterie- und Spielwaren.

Reiter, Gustav, Böckstraße 20.

Kaufhaus.

Kaufhaus Brauer, Böckstraße 19, 50% off.

Kolonialwaren.

Bretschneider, B., Böckstraße 1.

Fleischerei u. Wurstfabrik.

Reiter, Gustav, Böckstraße 21.

Uhren- u. Knaben-Garderobe.

Ullrich, Gustav, Böckstraße 21.

Wittig, Max., Böckstraße 20.

Galanterie- und Spielwaren.

Reiter, Gustav, Böckstraße 20.

Kaufhaus.

Kaufhaus Brauer, Böckstraße 19, 50% off.

Kolonialwaren.

Bretschneider, B., Böckstraße 1.

Fleischerei u. Wurstfabrik.

Reiter, Gustav, Böckstraße 21.

Uhren- u. Knaben-Garderobe.

Ullrich, Gustav, Böckstraße 21.

Wittig, Max., Böckstraße 20.

Galanterie- und Spielwaren.

Reiter, Gustav, Böckstraße 20.

Kaufhaus.

Kaufhaus Brauer, Böckstraße 19, 50% off.

Kolonialwaren.

Bretschneider, B., Böckstraße 1.

Fleischerei u. Wurstfabrik.

Reiter, Gustav, Böckstraße 21.

Uhren- u. Knaben-Garderobe.

Ullrich, Gustav, Böckstraße 21.

Wittig, Max., Böckstraße 20.

Galanterie- und Spielwaren.

Reiter, Gustav, Böckstraße 20.

Kaufhaus.

Kaufhaus Brauer, Böckstraße 19, 50% off.

Kolonialwaren.

Bretschneider, B., Böckstraße 1.

Fleischerei u. Wurstfabrik.

Reiter, Gustav, Böckstraße 21.

Uh